



13. Solidaritätsreise nach Griechenland: Oktober 2025 Gegen Spardiktate und Nationalismus

Das Zugverbrechen von Tempí und die Solidarität mit Palästina



Gegen Spardiktate und Nationalismus

Seit 2012 fahren wir, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften und unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, jährlich nach Griechenland und organisieren hierzulande Gegenbesuche und Veranstaltungen. Wir besuchen in Griechenland Betriebe, soziale Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und Gewerkschaften, Gedenkstätten wie in Distomo und Lyngiades, verneigen uns vor den Opfern, denen die Mahnmale gewidmet sind, gemeinsam mit ihren Nachkommen, mit denen uns der Widerstand gegen Faschismus, Rassismus, Nationalismus und jegliche Art von Diskriminierung von Minderheiten innerhalb unserer Gesellschaften verbindet. Wechselseitiger Austausch als kleines Zeichen internationaler Solidarität. Zeichen der Verbundenheit im Widerstand von unten gegen die zunehmenden Angriffe von oben, die zur Ausplünderung und Verelendung ganzer Völker führen. Zeichen im Bemühen um ein politisch vereinigtes, friedliches und soziales Europa seiner arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerungen statt eines Europas unter dem Diktat des Kapitals.

«Ενάντια στη λιτότητα και τον εθνικισμό» – η ομάδα μας, αποτελούμενη από συναδέλφισσες και συναδέλφους από διάφορες συνδικαλιστικές οργανώσεις και ετερόκλητες πολιτικές αφετηρίες, επισκεπτόμαστε κάθε χρόνο την Ελλάδα, αλλά διοργανώνουμε και εδώ στη χώρα μας εκδηλώσεις, στις οποίες προσκαλούμε Ελληνίδες/ες συναγωνίστριες/ές. Στη διάρκεια των ταξιδιών μας στην Ελλάδα επισκεπτόμαστε παραγωγικές μονάδες, οργανισμούς κοινωνικού χαρακτήρα, αλληλέγγυα εγχειρήματα, συνδικαλιστικές οργανώσεις, μνημεία όπως εκείνα του Διστόμου και των Λυγγιάδων, όπου υποκλινόμαστε ενώπιον των θυμάτων στα οποία είναι αφιερωμένα τα μνημεία, από κοινού με τους απογόνους τους, με τους οποίους μας συνδέει η αντίσταση κατά του φασισμού, του ρατσισμού, του εθνικισμού και κάθε μορφής διάκριση σε βάρος μειονοτήτων εντός των κοινωνιών μας. Αμοιβαία ανταλλαγή ως μικρή ένδειξη διεθνούς αλληλεγγύης. Ως ένδειξη της κοινής μας προσήλωσης στην αντίσταση από τα κάτω ενάντια στις αυξανόμενες επιθέσεις από τους πάνω, οι οποίες οδηγούν στην καταλήστευση και στην εξαθλίωση ολόκληρων λαών. Ως ένδειξη της προσπάθειάς μας για μια πολιτικά ενωμένη, ειρηνική και κοινωνική Ευρώπη των εργαζομένων και των ανέργων αντί μιας Ευρώπης υπό τις επιταγές του Κεφαλαίου.

Επικοινωνία: Rolf Becker



Die Solidaritätsgruppe im September 2013 vor dem geschlossenen und von den Beschäftigten besetzten Gebäude des griechischen Fernsehsender ERT

Besuch der Solidaritätsgruppe im Herbst 2025

Zwei Ereignisse haben unseren Erfahrungsaustausch und die Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen geprägt:

Das Zugverbrechen von Tempi

Die Vertuschung der Verantwortung für das schwere Zugunglück vor zwei Jahren hat die gesellschaftlichen Widersprüche in Griechenland in den letzten Monaten zuge-spitzt. Das Zugunglück, von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung korrekter und zutreffender als „Zugverbrechen“ bezeichnet, prägt die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber ihrer Regierung. Sie wird als eine Bande von Kriminellen betrachtet. Kein Wunder angesichts des Berichts über die Vertuschung, der sich wie eine Politthriller anhört und liest (siehe Seite 20), aber die gesellschaftliche Wirklichkeit über die Art und Weise des Regierens widerspiegelt.

Die internationale Solidarität mit Palästina

Auch die Zuspitzung der globalen Widersprüche und die wachsende Weltkriegsgefahr bestimmten unseren Solidaritätsbesuch. Im Genozid an der palästinensischen Bevölkerung von Gaza und der Westbank zeigt die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihren eigentlichen Charakter. Wenn sie ihre Interessen und ihren Einfluss bedroht sieht, greift sie auf die barbarischen Mittel des Krieges zurück. Auf zahlreichen Treffen informierten uns griechische Genossinnen und Genossen über ihre Standpunkte zu diesen Fragen.

Fazit der diesjährigen Solidaritätsreise nach Griechenland

Ich empfand unseren Besuch als einen der interessantesten und lehrreichsten, an denen ich in all den Jahren teilgenommen habe. Dazu beigetragen haben die Genossinnen und Genossen, die erstmals mitgekommen waren: zwei junge Mitglieder aus der Initiative „Rheinmetall entwaffnen“, ein palästinensischer Aktivist aus Berlin und zwei Angehörige des gewerkschaftlichen und friedenspolitischen Ratschlags aus Kassel.

Wie in all den Jahren finanzieren wir die Reisen (Zuschüsse für Flugkosten, Bezahlung der Übersetzer:Innen, etc.) hauptsächlich aus eigenen Mitteln. Wir wollen nicht abhängig werden von der finanziellen Unterstützung durch Gewerkschafts- oder Parteivorstände. Deshalb die Bitte an die Leser:innen: Ermöglicht durch eure Spende an das im Impressum angegebene Konto die Fortführung dieses internationalen Austausch- und Solidaritätsprojektes.

(Andi)

Erste Informationen zum Zugunglück inTempi

**Sonntagabend
28. September 2025**

Sonntag waren alle (Andi, Finia, Luca, Ingrid, Khalid, Manfred, Theo, Wolfgang) angekommen und wir wollten abends ein Planungstreffen machen. Aber Basisgewerkschaften hatten zu einer Kundgebung am Syntagma aufgerufen zur Unterstützung eines Hungerstreikenden wegen Tempì. Tempì wird diese Woche ein wichtiges Thema werden, also gingen wir dahin.



**Nachts beim
Hungerstreik auf
dem Syntagma**

obwohl die Gewerkschaften lange vorher genau vor einem solchen Unglück gewarnt hatten. Als zweites kam dann heraus, dass die meisten der Toten nicht aufgrund des Zusammenpralls ums Leben gekommen waren, sondern in Folge einer gewaltigen Explosion. Einige der Verstorbenen hatten noch ihre Angehörigen angerufen und gesagt, sie bekämen keine Luft mehr. Was war denn in dem Güterzug drin? Die Regierung behauptete, es seien Stahlträger gewesen. Sie hatte schnell alle Spuren beseitigt, die Erde abtragen lassen und alle Ermittlungen blockiert. Die Angehörigen verlangten immer dringender Aufklärung, es gründete sich ein Verein, der für den zweiten Jahrestag dieses Jahr zu einer Demonstration aufrief unter dem Motto: „Wir wollen Gerechtigkeit“. Es wurde die größte Demonstration in der jüngeren Geschichte Griechenlands mit über einer Million Beteiligten. Selbst in kleinen Orten und kleineren Inseln versammelten sich Hunderte von Menschen.

Jetzt hat der Vater eines umgekommenen Studenten vor ein paar Tagen vor dem Parlamentsgebäude am Syntagma einen Hungerstreik begonnen Seine Forderung: Exhumierung der Leiche seines Sohnes, um die Todesursache feststellen zu lassen. Das steht den Angehörigen gesetzlich zu, die Regierung blockiert aber.

Als wir ankamen, war es schon dunkel, es werden so an die 2000 Menschen dagewesen sein. Also nicht riesig, aber immerhin. Wir werden in dieser Woche auch noch mehr dazu hören, da wir Treffen mit Eisenbahngewerkschaften und mit dem Tempì-Verein haben werden.

Anschließend trafen wir uns noch mit griechischen FreundInnen zum Essen, die wir in den letzten Jahren kennengelernt hatten.

Tempì ist der Ort, wo am 28. Februar 2023 ein Güterzug mit einem Personenzug zusammengestoßen war. Dabei hatte es 57 Tote gegeben, die meisten StudentInnen, die nach dem langen Karneval-Wochenende zur Uni fuhren. Ziemlich schnell wurde in der Öffentlichkeit aus dem „Zugunglück“ ein „Zugverbrechen“. Als erstes wurde bekannt, dass es auf der Strecke keine Sicherungsanlagen gab, So konnten die zwei Züge unbemerkt elf Kilometer aufeinander zufahren. Die Regierung stellte das Unglück natürlich als persönliches Versagen eines Stellwerkbedieners dar, aber es war schnell klar, dass nicht in die Sicherungssysteme investiert worden war,

Apostolis Kapsalis: Soziale Lage und Gewerkschaften

Apostolis war wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Dachverband der Gewerkschaften des Privatsektors GSEE und ist außerdem Assistenzprofessor an der Panteion Universität. Wir kennen uns schon seit 2012. Damals hatte er uns die ersten Kontakte vermittelt. Wir trafen uns im Café Matchpoint, gegenüber dem GSEE-Gebäude.

Montagvormittag
29. September 2025

Sonderstaatsanwaltschaft für die Unis

Apostolis erzählte uns viel über die aktuelle politische Lage in Griechenland, vor allem mit einem Schwerpunkt auf den Gewerkschaften. Den Bericht darüber gibt es im Anschluss. Apostolis ist jedoch nicht nur aktiv in der Gewerkschaft, sondern gleichzeitig auch Dozent an der Uni Pantio Panepistimio in Athen. Deswegen hat er viel Expertise in dem Gebiet und konnte uns auch hier viel berichten. Dies war gerade für mich als Studentin interessant zu hören und die Vergleiche zu Deutschland ziehen zu können.

So hat Apostolis berichtet, dass die Unis der rechten Regierung in Griechenland schon lange ein Dorn im Auge sind. Denn die Unis sind ein Ort der Politisierung, Vernetzung, und Organisierung, von vor allem linken Studis. Also alles das, was die Regierung am liebsten unterbinden möchte. So wurden im Sommer dieses Jahrs einige Gesetze beschlossen, die starke Auswirkungen auf das studentische und das politische Leben haben könnten und das Ziel haben ihre politischen Aktivitäten einzudämmen. So wurde eine eigene Staatsanwaltschaft gegründet, die juristisch nur für jene studentischen Fälle zuständig sind. Auch wurde die Unschuldsumutung für Studis abgeschafft. Heißt, dass wenn sie ein Verfahren haben (egal aus welchem Bereich, ihnen kann auch z.B. der Diebstahl in einem Laden vorgeworfen werden), dann sind sie solange exmatrikuliert, bis entschieden wird, dass die Person unschuldig ist. Heißt, man muss erst beweisen, dass man nichts getan hat, um wieder studieren zu dürfen.

In Griechenland wurde und wird immer mehr privatisiert, auch die Unis soll dieses Schicksal ereilen. Bis vor Kurzem war es noch gegen die Verfassung, dass Abschlüsse an privaten Unis auch anerkannt werden. Dies hat sich jetzt geändert. Damit staatliche Unis unattraktiver werden und politische Aktivitäten verschwinden, gibt es auch hier härtere Regelungen. Dazu zählt unter anderem, dass sogenannte „ewige Student:innen“ ab einem gewissen Semester exmatrikuliert werden sollen (viele müssen nebenher arbeiten und studieren deshalb länger), höhere Studiengebühren anfallen, Kameras auf dem Campus aufgestellt werden und Eingangssperren verhängt werden, für alle jene, die selbst keine Studierenden sind. So soll verhindert werden, dass universitäre Räume für politische Veranstaltungen etc. genutzt werden. Apo erzählt von seiner eigenen Uni, an der er neben seinem Gewerkschaftsjob lehrt, wo im Juni zunächst ein Versuch gescheitert ist, für die Master-Studiengänge Studiengebühren einzuführen. Die Uni ist die letzte in Griechenland, die dies noch nicht gemacht hat. Studierende anarchistischer und autonomer Gruppen haben gemeinsam mit Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeitern die Leitungssitzung – in Deutschland würde man sagen, die Senatssitzung – besucht und gesprengt. Dadurch konnte der entsprechende Beschluss nicht gefasst werden. Wenn es nun im Herbst einen weiteren Versuch geben sollte, ist zu befürchten, dass das neue Gesetz für Suspendierungen genutzt wird, um die Aktivistinnen und Aktivisten zu bestrafen.

Es war spannend zu sehen, wie in Griechenland gegen die Unis vorgegangen wird. Ganz so düster sieht es in Deutschland noch nicht aus. Doch auch hier sind die meisten Unis von Kürzungen bedroht und die staatliche Gewalt greift immer stärker durch. Vor

allem bei den Palästina-Camps im letzten Jahr hat sich gezeigt, wie schnell sich das Klima an Unis ändern kann. Hier in Berlin stehen einige Studis wegen ihrer Palästina-solidarität immer noch vor Gericht oder müssen Sorge vor einer möglichen Exmatrikulation haben.

(Finia)

Die Regierung ist eine „kriminelle Bande“ ohne Legitimation

Unser Gesprächspartner beschreibt die Situation im Land in gewisser Weise vergleichbar mit der vor 20 Jahren. Die Regierung ist in einer schweren Legitimitätskrise und in der ganzen Bevölkerung fragen sich viele, ob sie noch in einer Demokratie leben. Beigetragen haben dazu vor allem die unerhörte und fortgesetzte Vertuschung rund um das Zugunglück von Tempí und ein Skandal um zu Unrecht kassierte EU-Subventionen für Weideland und Vieh. Andere, kleiner Fälle kommen hinzu, sodass das Gefühl allgegenwärtiger Korruption herrscht.

Selbst vielen Wählern der konservativen Nea Demokratia sind die zahlreichen Rechtsbrüche der Regierung bewusst, und der Oppositionsführer von der sozialdemokratischen PASOK, Nikos Androulakis, hat die Regierung im Parlament wiederholt als „kriminelle Bande“ bezeichnet. Auch Evangelos Venizelos, der Verfassungsrechtler ist und seinerzeit von 2012 bis Anfang 2015 als Minister eng mit Wolfgang Schäuble & Co. zusammengearbeitet hat, um die Memoranden und damit die Auflagen der Troika in Griechenland umzusetzen, sprach vom „parlamentarischen Niedergang“, nachdem der Skandal um die EU-Subventionen nicht einmal im Parlament angemessen durch einen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden sollte. Die Regierungsmehrheit habe sich *„nicht nur für die eklatante Verletzung der Verfassung und der Geschäftsordnung des Parlaments entschieden, sondern auch für die vielfache Schwächung der Institutionen“* (zitiert nach EKathimerini.com).

Schwache Gewerkschaften

Während also die Regierenden in den Augen der Bevölkerung jede Legitimation verloren haben, greifen die Gewerkschaften erschreckenderweise diese Kritik nicht auf. Der Generalstreik, der für den kommenden Tag geplant ist, ignoriere diesen Mangel an Legitimation und beschränke sich auf Forderungen gegen ein neues Gesetz, das eine tägliche Arbeitszeit von 13 Stunden bei einem Arbeitgeber legalisiert. Dabei ist jetzt schon eine tägliche Arbeitszeit bei vielen normal, allerdings bei zwei verschiedenen Arbeitgebern. Besser wäre es gewesen, den Sturz der Regierung auf die Tagesordnung und ins Zentrum des Generalstreiks zu stellen.

Dass die Gewerkschaften der Regierung kein Paroli mehr bieten, hängt auch mit ihrer Schwäche zusammen. In Folge der seinerzeitigen Troika-Auflagen gibt es keine Tarifverträge und oft keine Vertretungsorgane der Gewerkschaften mehr. Dadurch entsteht ein Teufelskreis: Die Gewerkschaft ist weniger attraktiv, verliert Mitglieder und ist dadurch schwächer, was wiederum ihre Attraktivität weiter vermindert. Die allgemeine Streitbereitschaft hat stark abgenommen, zumal es keine Streikgelder gibt und ein Streik Lohnausfall bedeutet.

In den Betrieben herrschen heute diktatorische Bedingungen, die auch in die Gesellschaft ausstrahlen. Die allgemeinen Lebensbedingungen sind sehr schlecht, Mieten hoch, Wohnungen knapp, die Armut groß, die Ausgaben fürs Gesundheitssystem zu gering und trotzdem verlieren die Gewerkschaften weiter Mitglieder. Auch in den



Aufruf vom Dachverband der Privatindustrie GSEE:

Generalstreik 1. Oktober,
NEIN zum 13-Stunden-
Arbeitstag! Die Arbeitszeit ist
keine Ware, ES IST UNSER
LEBEN. Tarifverträge und
Kürzung der Arbeitszeit
jetzt!

linken Organisationen spielen das Arbeitsrecht und Situation in den Betrieben nur eine geringe Rolle.

Bevölkerungsrückgang und Klimawandel

Neben der Demokratiefrage sieht Apo noch zwei weitere große Themenkomplexe, zu denen die Gewerkschaften sträflich schweigen: den Bevölkerungsrückgang und den Klimawandel. Ersterer ist zum einen eine Folge des anhaltenden und vermutlich noch wachsenden Brain-Drains, d.h. der Abwanderung. Zum anderen gibt es auch einen Geburtenrückgang. Zusammen mit einer anhaltenden Landflucht und Urbanisierung führt das auf dem Land zu großen Problemen.

Kapitalkräftige Investoren im Energiesektor drängen in die Lücke, weil mancher Landbesitzer bereit ist, sein Land zu verpachten und die anderen, noch an Landwirtschaft Interessierten dann mitunter keine Wahl haben, als dies auch zu machen. (Siehe auch den Bericht ab S. 35). In Thessalien entsteht so einer der größten Solarparks Europas, auf dessen Gelände kein Vieh grasen kann. Zusammen mit zahlreichen anderen Baustellen in der Region macht dieser den verbliebenen Bauern und Viehbesitzern das Leben schwer. Zu diesen Baustellen gehört auch ein in Bau befindlicher Staudamm an einem Fluss, der seit drei Jahren so gut wie kein Wasser mehr führt. Für den Bau gibt es keine Genehmigung, aber er geht trotz anhängiger Klagen weiter. Der zuständige Richter hat vor einigen Monaten einen Antrag auf Verhängen eines vorläufigen Baustopps abgelehnt. Und womit soll Geld gemacht werden, wenn gar kein Strom zu produzieren ist? Vermutlich mit dem Bau und dem Abgreifen von Subventionen. Das einzige Gewerbe, das der Bauherr angemeldet hat, ist eine Taverne.

Apo bereitet im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Buch über die Situation der griechischen Gewerkschaften mit viel Material über die Lage der abhängig Beschäftigten vor. Vermutlich zum Anfang 2026 wird eine Übersetzung in Englische online erscheinen.

(Wolfgang)



Vor allem jüngere Menschen waren dem Aufruf der Basisgewerkschaften zur Demonstration während des Generalstreiks gefolgt.

Treffen mit Kollegen der Bahngewerkschaften

**Montagabend
29. September 2025**

Wir trafen uns in der Wohnung am Victoria-Platz, die Manfred gemietet hatte und in der außer ihm noch Khalid und Wolfgang wohnten. Sie ist sehr groß und mit der Metro gut erreichbar und eignet sich gut als Treffpunkt auch für eine größere Gruppe. Das Hotel Exarchion, in dem in den letzten Jahre immer einige von uns übernachtet hatten und auf dessen Dachterrasse wir tagen konnten, hat den Besitzer gewechselt und ist jetzt doppelt so teuer.

Man kann es sich ja als Bahnnutzerin oder Bahnnutzer kaum vorstellen, aber es geht noch schlimmer als in Deutschland. Davon konnten wir uns im Gespräch mit Giorgos, Panagiotis und Vasilis überzeugen, die aktive Gewerkschafter unterschiedlicher linker Strömungen sind und seit vielen Jahrzehnten in verschiedenen Bereichen des griechischen Bahnsektors arbeiten.

Bei der griechischen Staatsbahn arbeiten nur noch 700 Festangestellte. Weitere 600 werden als Freiberufler beschäftigt, die monatlich abrechnen müssen. Als Giorgos vor 42 Jahren bei der Bahn angefangen hat, waren es noch 15.000 Festangestellte. Mit der Aufteilung der Bahn wurde bereits um die Jahrtausendwende begonnen und später ein Teil privatisiert.



**Giorgos, Panagiotis
und Vasilis während
eines Besuchs 2024 bei
Akstom in Salzburg**

Infrastruktur und Instandhaltung wurden 2017 und 2019 an unterschiedliche private Unternehmen abgegeben. Viele Strecken wurden stillgelegt, auch die Bahnverbindungen ins Ausland. Griechenland ist seit vielen Jahren nicht mehr mit der Bahn erreichbar. „Wir haben keine Bahn mehr“, so die bittere Zusammenfassung der Kollegen. Auf der Hauptstrecke des Landes zwischen Athen und Thessaloniki verkehren nur noch je zwei Verbindungen am Tag in jede Richtung. Früher waren es einmal vier, aber da an einem kleinen Teilstück gerade Bauarbeiten stattfinden, solle der Bahnverkehr diese möglichst wenig stören. Die staatlichen Subventionen für die private Bahngesellschaft in Höhe von 50 Millionen Euro pro Jahr fließen trotz der verminderten Leistung in gleicher Höhe weiter. Zudem ist die Ausnutzung der Strecke nach dem großen Eisenbahnunfall im Februar 2023 um rund 50 Prozent geringer. (Mehr dazu weiter unten.) Früher sei es schwierig gewesen, für einen Freitag ein Ticket Athen-Thessaloniki oder umgekehrt zu bekommen, heute sei dies kein Problem mehr.

Den Nutzen haben davon, so die Kollegen, die Besitzer der Autobahnen, für die eine hohe Maut bezahlt werden muss. Außerdem profitieren die Luftfahrtgesellschaften, die Busunternehmen und die Raffineriebesitzer. Viele dieser Unternehmen seien mit der regierenden konservativen Nea Demokratia eng verbunden.

Ein Teil des Bahnverkehrs wird von der privaten Hellenic Train, einer privatrechtlichen Tochtergesellschaft der staatlichen italienischen, aber börsennotierten Ferrovie dello Stato Italiane betrieben, der andere ist weiter in staatlicher griechischer Hand. Faktisch agieren die beiden Gesellschaften wie ein Kartell, von Wettbewerb könne keine Rede sein.

Dafür gibt es jetzt offensichtlich mehr Vorstandsposten, und die Vorstände kassieren ein Monatsgehalt von 15.000 bis 20.000 Euro, während die normalen Angestellten mit

1200 Euro oder weniger im Monat nach Hause gehen müssen. Zusätzlich zum Vorstandsgehalt gibt es noch Boni, die auch bei Defiziten gezahlt werden. Ein neues Gesetz erlaubt zudem höhere Gehälter für die Vorstände privater Gesellschaften.

Die Privaten, so die Klagen der Kollegen, würden so gut wie nichts investieren, und wenn, dann kommen die Investitionen mit einem großen Haken: Hellenic Train hat von der italienischen Mutter vollkommen überteuert fünf alte Züge übernommen. Angeblich wurden diese erneuert, aber ob sie wirklich den gesetzlichen Anforderungen entsprachen und wie die Abnahme lief, ist unklar. Auf jeden Fall sind die Züge bereits nicht mehr im Betrieb.

Bei den jüngsten Gewerkschaftswahlen haben die Konservativen und PASOK (erneut) relativ viele Stimmen bekommen, auch wenn sie in einer ihrer bisherigen absolute Mehrheit erstmals verloren. Auf die Frage, weshalb so viele Kolleginnen und Kollegen trotz der Erfahrung mit der Bahnzerschlagung, dem Stellenabbau und nicht zuletzt der Vertuschung der Ursachen des Eisenbahnunfalls in Tempi trotzdem noch die Parteien unterstützen, die dafür verantwortlich sind, gab es verschiedene Antworten. Zum einen gibt es Einschüchterung und Mobbing kritischer Kolleginnen und Kollegen, sodass manche Stimme für die Rechten vielleicht nur aus Angst abgegeben wird. Dann werden bei beiden Gesellschaften nur noch Unterstützer der Rechten eingestellt. Schließlich dürfen nach einem neuen Gesetz auch die Freiberufler mitstimmen, die aufgrund ihrer prekären Situation besonders leicht nach Parteibuch oder -präferenz ausgesucht werden können.

Auch die Eisenbahner berichten von abnehmender Streikbeteiligung seit den Kämpfen gegen die Memoranden zwischen 2011 und 2015. Bestenfalls folgen noch 15 Prozent der Belegschaften den Aufrufen. Gründe sind Entrechtung, Angst, Verunsicherung und die große Enttäuschung über die Gewerkschaftsführungen und die Syriza-Regierungen. „In Griechenland ist Gewerkschafter zu sein zurzeit die schwierigste Angelegenheit.“

Zugverbrechen von Tempi

Am späten Abend des 28. Februar 2023 stießen auf der Strecke zwischen Athen und Thessaloniki ein Frachtzug und ein Personenzug in der Nähe der Ortschaft Tembi in Thessalien frontal aufeinander. Ein unerfahrener Angestellter hatte an der durchgehend zweigleisig ausgebauten Strecke eine Weiche falsch bedient, sodass die Züge auf dem gleichen Gleis unterwegs waren. Moderne Sicherheitssysteme, die dies automatisch hätten erkennen und die Züge ebenso automatisch hätten anhalten können, waren zwar längst angeschafft, aber noch immer nicht installiert. 57 Menschen starben und weitere 25 erlitten schwere Verletzungen.

Vassilis von der Gewerkschaft der Mechaniker spricht bei diesem Unfall nicht von einem Unglück, sondern von einem Verbrechen. Die Katastrophe sei vorhersehbar gewesen, und seine Gewerkschaft habe jahrelang auf allen erdenklichen Wegen gewarnt, dass derlei passieren könne. Sicherheitssysteme und ausreichende Arbeitskräfte würden fehlen, hätten er und seine Kolleginnen und Kollegen die Regierung gemahnt, doch diese hätte die Warnungen in den Wind geschlagen.

80 Prozent der Sicherungssysteme waren unter Syriza installiert worden, aber seit 2019 habe die dann angetretene konservative Regierung nichts mehr gemacht. (Laut Wikipedia hätten die privaten Auftragnehmer bis 2016 fertig sein müssen.)

(Wolfgang)

Fotis Terzakis: Zur Geschichte von Zionismus und Widerstand

**Dienstagmorgen
30. September 2025**

Am Dienstagmorgen trafen wir uns alle in der Ferienwohnung von Manfred, Khalid und Wolfgang. Fotis Terzakis ist der griechische Übersetzer von Ilan Pappé. Fotis ist außerdem selbst Autor und Philosophiedozent an einer Art Volkshochschule, die er selbst mit aufgebaut hat. Bei unserem Treffen gab er uns, wiederum ähnlich wie Pappé, einen Überblick über Geschichte und Gegenwart von Zionismus und Widerstand. Den Vortrag hat Fotis auch verschriftlicht und [er kann hier nachgelesen werden](#), diese Zusammenfassung soll sich auf unsere Diskussion zum Thema konzentrieren.

Schon während des Vortrags wurde zur Frage der Rassentrennung in Israel ergänzt, dass es auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung (teils institutionalisierten) Rassismus gibt: So stammen die israelischen Eliten nahezu alle aus Osteuropa und sind dementsprechend weiß. Die nicht-weiße jüdische (insbesondere äthiopische) Bevölkerung wiederum durfte über lange Zeit an ihre weißen jüdischen Mitbürger:innen kein Blut spenden, wegen angeblicher Gefahr von HIV-Übertragung. Auch wenn diese Praxis seit 2022 offiziell aufgehoben wurde, bleiben Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen auch unter Jüd:innen bestehen. Außerdem wurde auf die lange und ambivalente Geschichte zwischen arabischen und jüdischen Bevölkerungsgruppen hingewiesen, welche beispielsweise gemeinsam gegen die britische Kolonialmacht kämpften, bevor sich 1936 die arabische Bevölkerung gegen die zunehmend gewalttätigen (und von den Briten mit Waffen ausgestatteten) zionistischen Siedler:innen auflehnte, was wiederum von der britischen Besatzung niedergeschlagen wurde. Die Anführer:innen der Aufstände wurden kurz nach der Staatsgründung Israels festgenommen und liquidiert.

Trotz großer Einigkeit in der Verurteilung des aktuellen Völkermordes der israelischen Besatzungsmacht an den Palästinenser:innen gab es auch einige Diskussionen. Neben kleineren Anmerkungen wie der Richtigstellung, dass der aktuelle Genozid aktuell



Die Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes ist weit verbreitet in Griechenland. Eine Demonstration in Kalamata auf der Halbinsel Peloponnes (*WIR MARSCHIEREN NACH GAZA: Damit die Blockade bricht, damit humanitäre Hilfe ankommt, damit die Stimme der Palästinenser laut wird*) und auf Santorini (Foto S.11 oben).



nicht die meisten Todesopfer seit der Shoah gefordert hat, weil zwischendurch der Genozid in Ruanda die aktuellen Zahlen noch überschritten hat, drehte sich die größtesDebatte erwartungsgemäß um die Ideologie und Relevanz der Hamas, der „Achse des Widerstands“ sowie der umliegenden Länder. Während Fotis betonte, dass Antisemitismus in erster Linie ein europäisches Phänomen sei, wurde in der Diskussion auf einige Positionen hingewiesen, die sich durchaus auf Jüd:innen an sich und nicht nur die Siedler:innen beziehen. Zu unterschiedlichen Phasen in der ideologischen Entwicklung der Hamas und anderen Akteuren des palästinensischen Widerstands sowie der Relevanz von einzelnen Inhalten aus Programmen der Hamas gab es unterschiedliche Einschätzungen.

Zu Deutschland erwähnte Fotis, dass die AFD ihren Antisemitismus in Richtung Anti-Muslimismus verschoben habe, weil sie sich auf der Seite der Starken verortet – also auf Seiten Israels.

Einigkeit bestand wiederum darin, den gesamten Konflikt als (imperialistischen) Klassenkonflikt zu betrachten, in dem die militärischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens dominieren. So sind auch umliegende arabische Staaten wie Jordanien und Ägypten mit tendenziell palästinasolidarischen Bevölkerungen stark auf den Westen und seine Märkte ausgerichtet, weshalb die Palästinenser:innen auch von dort kaum Hilfe zu erwarten haben. Das gilt auch für Israel selbst, wo nach Umfragen eine große Mehrheit der Israelis das Vorgehen der israelischen Regierung bzw. der IDF in Gaza gutheißt. Dementsprechend war das Fazit der Diskussion: Weder der palästinensische Widerstand noch die israelische Linke werden in der Lage sein, aus eigener Kraft den Genozid zu stoppen und eine sichere und selbstbestimmte Lebensperspektive für alle Menschen vom Jordan bis zum Mittelmeer durchzusetzen. Zu geschwächt sind die Bewegungen, zu übermächtig Akteure, die an einer solchen Perspektive nicht interessiert sind. Daher braucht es eine starke, kämpferische und durchsetzungsfähige Bewegung von unten, die in den imperialistischen Zentren wie den USA und der BRD die Komplizenschaft der Herrschenden mit dem Genozid skandalisiert und sabotiert. Über konkrete Ansätze in diese Richtung wie die Blockade von Rüstungsmaterial oder Kreuzfahrtschiffen mit IDF-Soldat:innen, Boykottaktionen sowie die Sumud-Flotilla, der March to Gaza und andere haben wir im weiteren Verlauf der Woche ausführlich diskutiert.

(Luca)

Treffen mit ‚March to Gaza‘ und ‚BDS Greece‘

**Dienstagabend
30. September 2025**

Sotiris und Alexandra, Mitglieder von BDS Greece, berichteten. Sotiris war im Juni in Ägypten beim March to Gaza und ist Unterstützer der Gaza-Flotilla. Wir trafen uns wieder in der Ferienwohnung, alle 14 hatten Platz!

Die Palästina-Soli war bis Anfang 2025 recht klein und wenig aktiv. Das änderte sich im Frühjahr mit dem Kulturboykott und später mit dem March to Gaza. Der Kulturboykott begann im Frühling mit vielen KünstlerInnen, insbesondere rief eine sehr bekannte griechische Sängerin zum Boykott auf. Dadurch wurde das Anliegen bekannter und die Bewegung breiter. Dann wurde der March to Gaza vorbereitet. Zuerst war es in Griechenland eine kleine Gruppe, dann vergrößerte sie sich aber und stellte schließlich mit 300 Teilnehmenden die relativ (zur Bevölkerungszahl) größte Gruppe. Dies trug dazu bei, dass die Solibewegung anwuchs. Hilfreich war das konkrete Ziel. Als die Delegation in Ägypten war, gab es gleichzeitig Demos in griechischen Städten von vielen linken Gruppen, manchmal auch von der KKE (der kommunistischen Partei). In Athen gab es zwei getrennte Demos: die KKE zur israelischen Botschaft, die übrigen zum Syntagma.

Im Sommer gab es verschiedene Aktionen zum Tourismus. Insbesondere gab es Aktionen zu einem israelischen Kreuzfahrtschiff. Auf Syros waren 500 Menschen mit Transpis und Fahnen am Hafen und erreichten, dass das Schiff wieder ablegen musste. Die Regierung und die Massenmedien schimpften: antisemitisch! Aber es war durchaus möglich, dass israelische Soldaten auf dem Kreuzfahrtschiff gerade Fronturlaub machten. Es gab auch Aktionen auf anderen Inseln wie z.B. Kreta, Rhodos. Die KKE hatte zuerst die Position, das sei pogromartig. Das änderte sich, als israelische Touristen des Kreuzfahrtschiffs auf Kreta einen kleinen Laden angriffen, der eine Inschrift angebracht hatte: Juden willkommen, Zionisten nicht. Die Ladenbesitzer sind KKE-Sympathisanten.

Der Höhepunkt der Aktionen war im August. Es gab Aufrufe von BDS, March to Gaza, der palästinensischen Gemeinde zu Aktionen am 10. August. In 130 Orten, auch in ganz kleinen, gab es Aktionen, in Ermoupolis auf Syros waren es 2000. Natürlich herrschte in den Medien Funkstille. Aber das israelische Ministerium für die Diaspora berichtete auf seiner Website und warnte Touristen vor 90 Orten. Dazu veröffentlichte es Namen von Aufrufenden mit deren Profilen.

Im Juli gab es eine wichtige Aktion im Hafen, als ein Schiff mit militärischer Ladung für Israel von Hafenarbeitern der ENEDEP-Gewerkschaft (PAME) nicht beladen wurde. Die Info kam von BDS. Es war das erste Mal, dass BDS und PAME zusammenarbeiteten. 3-4000 Menschen waren zur Unterstützung gekommen.

March to Gaza

Sotiris meint, es sei alles etwas voluntaristisch abgelaufen, nicht so gut organisiert, insgesamt unterschätzten sie die ägyptische Diktatur, die sie ziemlich behindert hat. Zum Beispiel fing sie vorwiegend arabische Leute am Flughafen ab und schickte sie zurück. Auch die griechische Delegation sollte zurückgeschickt werden. Aber auf Druck der griechischen Regierung durfte sie nach fünf Stunden Wartezeit einreisen.

Das Ziel des Marsches war Ismailia, ca. eineinhalb Stunden von Kairo entfernt. Sie wurden öfters von Polizei gestoppt. Vor Ismailia wurden 300 Leute von der Polizei eingekesselt. Letztlich schafften es 50 individuell nach Ismailia zu kommen. Zwei

Gruppen mit jeweils 200 Menschen wurden an anderen Orten gestoppt. Plötzlich gab es Angriffe von zivilen Kräften, Kameltreibern mit Peitschen, die insbesondere Araber und Türken verprügelten (darunter auch Mitglieder der HDP und Islamisten). Die griechische Gruppe wehrte sich, es waren auch Abgeordnete kleiner linker Parteien dabei, auch ein EU-Parlamentarier von SYRIZA. Es gelang der griechischen Gruppe geschlossen nach Kairo zurückzukommen. Die griechische Delegation wurde anders als die anderen behandelt. Sie wurden aber von der ägyptischen Regierung davor gewarnt, nochmal zu Demos zu kommen.

Die Idee zu der Gaza-Flotilla entstand in Kairo von der griechischen Delegation zusammen mit Leuten aus Nordafrika. Auf einem Treffen eine Woche später in Tunis wurde eine größere Flotte beschlossen. Insgesamt konnten sie 42 Schiffe organisieren, von denen 40 jetzt Kurs Gaza sind. Sie sind jetzt aktuell auf der Höhe von Kairo. Es wird bald ein Angriff der israelischen Marine erwartet. Falls es dazu kommt, soll morgen vor dem Außenministerium parallel zum Streik demonstriert werden.

Auf Nachfrage führt Sotiris aus, dass BDS in Griechenland nicht strafrechtlich verfolgt wird. Aber die Diffamierung als antisemitisch seitens der Massenmedien nimmt zu. Das israelische Ministerium für die Diaspora rückt sie in Zusammenhang zu internationalem Terrorismus unter Nennung von Namen.

Es gibt einen Einwand zu Aktionen gegen das Kreuzfahrtschiff, das was anderes sei als ein Waffentransporter. Dazu führt er aus, dass Griechenland nicht unterschrieben hat, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Völkerrecht hier verfolgt werden. Andere Länder wie Deutschland haben das unterschrieben und verfolgen das auch. Deshalb kommen die israelischen Touristen und Kreuzfahrtschiffe nach Griechenland, vermutlich auch Soldaten auf Fronturlaub, die sich vom Morden erholen. BDS diskriminiert nicht Israelis generell, sondern differenziert gezielt. Das Kreuzfahrtschiff ist ein israelisches Unternehmen. Der Boykott richtet sich gegen Unternehmen, die am Genozid beteiligt sind. Deshalb fordern sie auch Visumpflicht für Israelis, damit Soldaten nicht reingelassen werden.

(Manfred)



Stand der Global Sumud Flotilla in Athen

Treffen mit der Initiative ‚Anti-Nato-Aktion, Athen‘

**Dienstagabend
30. September 2025**

Wir hatten das zweite Treffen gleich im Anschluss anberaumt. Aber bevor es losging, gab's erstmal Essen. Khalid hatte wunderbar palästinensisch gekocht, nachmittags hatten wir fleißig geschnippelt, jetzt konnten wir zusammen schmausen.



Die ‚Anti-Nato-Aktion‘ auf der Generalktreikdemo in Athen.: eine Teilnahme Griechenlands am Verbrechen in Gaza. Die Kriegsschiffe sollen zurückkehren, die Militärbasen geschlossen werden. Kein Soldat außerhalb unserer Grenzen. Freiheit für Palästina

Von der Anti-Nato-Aktion waren Alexandra, Dinos, Nikos und Yannis gekommen. Die Gruppe hatte sich nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs gegründet. Wir hatten sie zum ersten Mal 2023 getroffen, 2024 und 2025 waren sie auch zum Gegenbesuch in Deutschland.

Sie haben einen Aufruf formuliert, mit dem sie möglichst viele Leute erreichen wollen. Sie schreiben: Griechenland hat nichts mit dem Ukraine Krieg zu tun hat und soll aussteigen. Das griechische Volk wurde dazu nie befragt. Griechenland liefert Waffen und rüstet auf (auf Griechenland entfallen 28 der für die EU anvisierten 800 Milliarden Euro). Sie wollen eine breitere Öffentlichkeit erreichen, auch Putingegner und Konservative. Ihrer Einschätzung nach sind die meisten dagegen, dass Griechenland in den Krieg hineingezogen wird. Der gemeinsame Nenner lautet: Frieden, kein Krieg. Vielleicht ist es erreichbar, dass sich Griechenland aus dem Krieg heraushält wie die Slowakei. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind mit der Ukraine-Politik der Regierung nicht einverstanden. Sie unterstützen auch Aktionen zu Palästina, weil der Gaza-Krieg im Nato-Interesse geführt wird.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit Aktiven aus der Burkina-Faso-Einwanderergruppe. Es geht um antikoloniale und antiimperialistische Politik. Die Regierung von Burkina Faso steht in der Nachfolge von Thomas Sankara („sozialistischer Revolutionär und erster Präsident Burkina Fasos“ wikipedia).

In der Diskussion ging es auch um die deutschen Verhältnisse. Die Kluft zwischen der alten Friedensbewegung, in der die Alten überwiegen, und den Ansätzen von jungen Leuten wie z.B. bei „Rheinmetall entwaffnen!“. Die im Vergleich zu den 80er Jahren schwache Friedensbewegung. Über die Gewerkschaften, die die in der Industrie verloren gehenden Arbeitsplätze durch Militärproduktion erhalten wollen.

Auf unsere Nachfrage, warum sie gerade Anti-Nato sind, führen sie etwas zur Geschichte Griechenlands aus. Von Anfang an (Griechenland trat 1952 der NATO bei) gab es Proteste gegen die NATO. Besonders wichtig war die NATO-Unterstützung der Militärdiktatur von 1967 bis 1974 und die fehlende Unterstützung gegen die türkische Invasion in Zypern 1974. Die erste Regierung nach der Diktatur führte sogar Griechenland aus der NATO-Militärstruktur heraus. Nach dem Ende der Militärdiktatur war die Anti-Nato-, Anti-USA- Pro Palästina-Stimmung sehr stark. Eine Wiederbelebung gab es während des Jugoslawien-Kriegs in den 90ern. Laut Umfragen hat die Mehrheit mehr Angst vor der NATO als vor Putin.

Ihren oben erwähnten Aufruf: „**Nein zum Krieg, Russland ist kein Feind, Frieden · Freundschaft · Zusammenarbeit**“ kann man hier abrufen.

(Manfred)

Demonstration zum Generalstreik

Aufgerufen hatte die GSEE, der Dachverband des Privatsektors, die Basisgewerkschaften und (sogar) die PAME der gewerkschaftliche Dachverband der griechischen Kommunistischen Partei (KKE). Dies war selten so, da in der Vergangenheit die PAME oft zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt als die anderen mobilisierte, um nicht mit denen gemeinsame Sache zu machen. Auch diesmal demonstrierte sie früher vor den anderen Aufrufenden. Sie hatten also fertig, als die anderen Demoteilnehmer beispielsweise aus den Basisgewerkschaften loszogen. (vergl. dazu Analyse von Apostolis Kap-salis auf Seite 5) Deren Mobilisierungsfähigkeit ist zur Zeit eher schwach. Offizieller Anlass des Generalstreiks war ein Gesetzesentwurf, der den Arbeitstag auf 13 Stunden verlängerbar machen soll. Vorher hatten einige Freunde bereits eingeschätzt, dass die Teilnahme nicht so gewaltig sein werde. Der Organisationsgrad im Privatsektor liegt

Mittwochmittag
1. Oktober 2025



Hände weg vom 8-Stunden-Arbeitstag! Nein zu privaten Universitäten und der Suspension von Studenten. Autoritarismus hat keinen Platz an den Fakultäten. Freiheit für Palästina. Studentenunionen.



Klassenkampf gegen den Arbeiterfeindlichen Gesetzesentwurf. Keine Minute länger für den Profit des Kapitals. Dauerkampf.



WIDERSTAND: GENOP DEI (Die Gewerkschaft der Elektrizitätswerke)

Die Generalstreikdemonstration passiert das Parlament und den Ort des Hungerstreiks

deutlich unter 10 Prozent. Am zentralen Treffpunkt, nahe dem Omoniaplatz fanden sich dann viele, vor allem eher junge Leute ein, die lautstark mit ihren Parolen am Parlamentsgebäude vorbeizogen, wo die Zelte der Hungerstreikenden stehen, vor allem eines Vaters, der mit diesem Kampfmittel bereits länger als zwei Wochen Gerechtigkeit forderte. (vgl. Tempi S. 4)

Auf dem Boden unübersehbar waren alle Namen der getöteten Frauen und Männer des Tempi-Zugverbrechens aufgesprüht. Plakate, auch für die zahlreichen Touristen informierten über die Forderungen und Ziele der Angehörigen der so grausam Getöteten .

Weiter zog die Demo der eher jungen Leute zurück zum Omoniaplatz ohne große Reden, mit vielen Transparenten zu Themen wie Palästina, Gazakrieg und dem Zugverbrechen in Tempi.

Manfred/Ingrid



Die Generalstreikdemo auf dem Weg zum Syntagma

Infos von Petros Papapetrou zur politischen Lage

Mittwochnachmittag
1. Oktober 2025

Wir trafen uns wieder in unserer Ferienwohnung, ein wirklich idealer Treffpunkt. Petros, jetzt 60, ist in der Gewerkschaft Buch, Druck und Papier und Mitglied in der Gruppe „Kommunistische Befreiung“. Die Gruppe ist Mitglied in dem Linksbündnis ANTARSIA, in dem sich verschiedene kleine, linksradikale Gruppen zusammengeschlossen haben. Es wurde 2008 gegründet und hat einen Sitz im Regionalparlament von Attika und einen im Parlament von Athen (Zentrum). Seine Gruppe „Kommunistische Befreiung“ gründete sich 1989 als Abspaltung von der KKE.

Sein erster Satz war, dass das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie noch nie so schlecht war wie heute. Er geht dann auf den heutigen Generalstreik ein. Aufgerufen hatte GSEE, der Dachverband der Gewerkschaften in der Privatwirtschaft. Der Organisationsgrad in diesem Sektor liegt zwischen fünf und acht Prozent. Bei seiner Gewerkschaft lag die Streikbeteiligung heute bei fünf Prozent, bei der Nationalbank waren es 60%! Die haben seit 2012 einen Tarifvertrag und haben noch ein gewerkschaftliches Netz im Betrieb. Bei Honorarkräften lag die Beteiligung bei null. Seit Jahren werden Gesetze verabschiedet, die die Arbeitsverhältnisse verschlechtern. Der neueste mit dem 13-Stundentag (heutiger Streikanlass) kommt da noch obendrauf.

Ich schildere meinen Eindruck, dass die Demonstration doch ganz kräftig gewesen sei und vor allem viele junge Menschen zu sehen waren. Er meint, aufschlussreich war der 28. Februar (die riesigen Demos wegen Tempi und dem Zugverbrechen). Hätten die Gewerkschaften zu so etwas aufgerufen, wären bei weitem nicht so viele gekommen. Die Gewerkschaften haben ihre Legitimation verloren. Auch die PAME brachte heute nicht so viele Leute auf die Straße wie sonst. Es gibt dort wohl Auseinandersetzungen, einige führende Leute traten aus.

Im Block von seiner Gewerkschaft waren heute 60 Leute, obwohl nur 5% streikten. Bei der Zentralbank war die Beteiligung 60%, aber zur Demo kamen nur 15. Die Gewerkschaften wollen sie nicht auf der Straße haben.

Viele junge Menschen mobilisieren gegen Gaza, Repression, für Feminismus, aber nicht gegen Arbeitsverhältnisse und Unternehmer. Es gibt schon Unzufriedenheit mit dem System, diese drückt sich aber nicht in Arbeitskämpfen aus. Er befürchtet, dass sich das verläuft. Es fehle der Klassenkampf. Die Aufstandsbewegung gab es bis 2015, dann kam der Verrat von Syriza und danach brach alles weg. Jetzt muss alles wieder von Anfang an losgehen. Z.B. die Tempibewegung. Deren Hauptforderung ist Gerechtigkeit. Aber es wird keine Gerechtigkeit geben, denn die Justiz wird sich nicht ändern. Das erwarten noch viele (Alexandra protestiert).

Er kommt dann noch auf die kriminellen Machenschaften der Regierung zu sprechen, auf die „Verbrecherbande“. Z. B. auf den Skandal um die EU-Subventionen für Millionen nicht existierender Ziegen auf Kreta. Oder in Joannina im Nordwesten, wo der Regionalpräsident Baumwollanbau auf 1500m Höhe erfand, um Subventionen zu kassieren. Es wird natürlich versucht zu vertuschen. Aber alle wissen das, die WählerInnen, die EU. Der EU geht es um politische Stabilität und nicht um finanzielle Korrektheit. Deshalb soll das korrupte System Mitsotakis bleiben.

Zum Schluss hat er an uns eine Frage: Warum akzeptiert das deutsche Kapital den Ukraine-Krieg und die Russland-Sanktionen, obwohl diese ihm schaden, weil das billige russische Gas wegfällt? Ich führe dazu einiges aus, einige Stichworte dazu: Rus-

sland wird als äußerer Feind gebraucht, um die EU zusammen zu halten; die EU ist die Existenzgrundlage für das deutsche Kapital; die Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa sind für das deutsche Kapital so groß wie die mit USA und China zusammengenommen. Auf die osteuropäischen Länder, die mehrheitlich antirussisch sind, kann das deutsche Kapital nicht verzichten.

Wir übergaben ihm 100 Euro für die Gewerkschaftsarbeit der Buch, Druck und Papier.
(Manfred)

Sumud-Gaza-Flotilla

**Mittwochabend
1. Oktober 2025**

Befolgt wurde der Generalstreik, wie wir feststellen mussten, von etlichen Kneipen und Cafés in Exarchia (ähnlich dem früheren widerständigen Kreuzberg/SO36) und sogar von den Athener Taxen, die für uns Touris immer so preiswert sind.

Schließlich fanden wir zu Fuß ein uns bekanntes kurdisches Restaurant, dort traf „unser“ Khaled einen älteren Professor, wie er auch aus dem Flüchtlingslager Dschenin (Westbank), mit dem er sich dann angeregt unterhalten konnte. Ebenfalls am Tisch saß eine Schwester eines Aktivisten, der auf einem der 42 Sumud Flotillaschiffe sich mit seinen Mitstreitern gerade der israelischen Küste näherte. Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass die israelische Marine dies nicht dulden würde. Wir befürchteten Schlimmes, so dass auf mehreren Handys die Übertragung von den Schiffen lief. Ein bisschen war die Atmosphäre so wie im 2. Weltkrieg, als die Menschen BBC abhörten um zu erfahren, was an der Front los war.

Wir wussten, dass es eine ständige Mahnwache der Flotilla-Unterstützer im Zentrum gab, also brachen wir gegen elf Uhr auf, um dort Präsenz zu zeigen. Vielleicht hundert Demonstranten waren bereits vor Ort, gemeinsam zogen wir zum Außenministerium, wo schon einige hundert sich versammelt hatten, und skandierten lautstark unsere Unterstützung für die Flotilla und den palästinensischen Kampf. Wie schon des Öfteren trafen wir auch hier uns bekannte griechische MitstreiterInnen, auch aus entlegeneren Stadtteilen, freudig fällt man sich in die Arme, radebrecht einige griechische Begrüßungsworte, oder quatscht weiter auf Englisch, nur unser Dauerunterstützer Achim, mit dem geht's auch auf Deutsch, der ließ sich sogar noch überreden flott auf eine Begrenzungsmauer des Ministeriums zu krabbeln um von oben zu filmen. Bravo! Die Polizeikräfte hielten sich in „respektvoller“ Entfernung, griffen auch niemanden heraus oder Schlimmeres, so wie wir es seit längerem in Deutschland hätten befürchten müssen, den unsäglichen Antisemitismusvorwurf inbegriffen.

(Ingrid/Manfred)

Unsere Solidaritätsgruppe am Stand der Global Sumud Flotilla



Am Stand der
'Global Sumud Flotilla'
startete die Spontandemo,
zog vorbei am Parlament
und endete vor
dem Außenministerium.



Palästina bedeutet Widerstand. Gegen den Genozid des Palästinensischen Volkes und die Blockade von Gaza.

Ilias Papangelis: Das „Zugverbrechen“

**Donnerstagnachmittag
2. Oktober 2025**

Um die Mittagszeit waren wir mit einem Angehörigen der verunglückten Opfer des Zugunglücks am 28. Februar 2023 verabredet. Es goss in Strömen und so kamen wir ziemlich durchnässt von dem Weg von der Metro Kallithea am Treffpunkt an. Wir waren aber die ersten, ein Teil steckte mit dem Auto im Stau, andere kamen mit dem Bus, der war auch nicht schneller. So begann unser Treffen mit einer Stunde Verspätung.

Anastasia

Ich war ehrlicherweise emotional gar nicht darauf vorbereitet, dass ich einen Vater treffen würde, der vor zweieinhalb Jahren seine Tochter verloren hatte und dem der Schmerz und die Trauer das Sprechen schwer machte. Uns allen ging das Gespräch doch sehr nahe. Jennifer fiel das Übersetzen auch so schwer, dass sie Theo bat sie abzulösen.

Ilias Papangelis ist Orthopäde und Chirurg. Wir trafen uns in seiner Praxis im Wartezimmer. Er erzählte uns zuerst von jenem verhängnisvollen 28. Februar 2023, an dem



seine Tochter durch Korruption und Gier getötet wurde, wie er sagte. Er begann mit dem Vorwurf, den er sich sicherlich bis an sein Lebensende machen wird: Seine Tochter hatte ihn noch gefragt, ob sie für die Fahrt nach Saloniki mit dem Bus oder mit dem Zug fahren solle. Angesichts der Karnevalszeit und des schlechten Wetters – Regen, glatte Straßen – riet er ihr den Zug zu nehmen. Er vertraute der Reklame der Bahn, dass sie ein modernisiertes Unternehmen sei. Am Dienstagabend hörten er und seine Frau, dass zwei Züge zusammen gestoßen waren. Sie riefen bei der Bahn an, bekamen aber keine Antwort. So fuhren sie mit dem Auto Richtung Larissa in Nordgriechenland, wo das Unglück bei dem kleinen Ort Tempi passiert war. Um halb vier Uhr nachts kamen sie an, es waren viele Menschen da, Angehörige, Freunde von Fahrgästen, die wissen wollten, ob und was mit ihnen passiert war. Am nächsten Tag, einem Donnerstag, erfuhren sie dann, dass ihre Tochter unter den Toten war. Sie fuhren schließlich zurück zu ihren anderen drei Kindern. Freitagabend wurde bestätigt, dass die Leiche der Tochter gefunden

worden war. Sonntagabend konnten sie ihren verschlossenen Sarg im Leichenschauhaus sehen. Die Beerdigung fand in Kalavrita statt, wo die Familie herkommt.

„Menschliches Versagen?“

Sie konnten eigentlich nicht verstehen, was genau passiert war. Im Fernsehen wurde gezeigt, wie die Unglücksstelle gesäubert wurde, am siebten März war schon nichts mehr zu sehen. Es war Vorwahlkampf. Deshalb wurde kaum darüber gesprochen oder berichtet, es war, als ob nichts passiert sei. Ministerpräsident Mitsotakis verkündete bereits einem Tag nach dem Unglück, dass es sich um menschliches Versagen handle. Es gab noch keine Untersuchungen, aber er kannte schon das Ergebnis! Der Fehler habe bei einem Stellwerkbediener gelegen, Es werde alles aufgeklärt. Tatsächlich hat er aber alles verdunkelt. Die Untersuchungsrichter in Larissa wurden nach einer Weile alle durch ihm genehme Leute ausgetauscht. Dies ordnete er in einem Brief an die oberste Staatsanwaltschaft an. Öffentlich verkündete er, dass die Regierung nicht in den Gang der Ermittlungen eingreifen werde.

Die Angehörigen stellen Fragen

Zehn aktive Angehörige stellten dem Untersuchungsrichter Fragen:

1. Warum war keines der fünf Sicherungssysteme aktiv?
2. Warum war ein Stellwerksleiter auf einem Posten, für den er völlig unqualifiziert war und den er durch politische Patronage bekommen hatte?
3. Warum war die Signalschaltung nicht an? (Lichtschaltung?)
4. Warum gab es keine Streckenkontrolle?
5. Warum gab es kein GSM-Kommunikationssystem zwischen Zugführer und Stellwerk? Dies ist ein automatisiertes System, das auch Züge stoppen kann.
6. Warum wurde der Unglücksort so schnell gesäubert und die Erde zwei bis drei Meter tief abgetragen?
7. Warum gab es davon kein Protokoll? Warum wurde nicht festgehalten, was getan wurde?

Weiter fragten sich die Angehörigen, warum eine staatliche Organisation 2021 eingerichtet wurde, die größere Unglücke (z.B. Flugzeugabstürze, Eisenbahnunglücke) untersuchen sollte, aber nicht mit Personal ausgestattet wurde. Stattdessen wurde das Unglück als einfacher Verkehrsunfall eingestuft und entsprechend behandelt. Es wurden überhaupt keine Vorschriften eingehalten. Es wurden keine Bodenproben entnommen, die Leichen wurden nicht an der Stelle fotografiert, wo sie gefunden wurden, es gab keine toxikologischen Untersuchungen, weder an den Leichen noch am Umfeld. Ohne Staatsanwalt und Forensiker wurden die Leichen in Säcke gefüllt und ins Leichenschauhaus verfrachtet. Die Angehörigen verlangten Informationen über den Feuerball beim Unglück und zur Fracht, bekamen aber keine. Die Kommunikation der Behörden zum Unglück wurde nicht, wie vorgeschrieben, dokumentiert und auch nicht von der Staatsanwaltschaft verlangt. Als die Angehörigen die Herausgabe verlangten, bekamen sie die Antwort: alles gelöscht!

Die Angehörigen wurden zu eigenen Untersuchungen gezwungen, weshalb die Regierung sie als Feind betrachtet. Mittlerweile vermuten sie, dass da etwas sehr Merkwürdiges vertuscht wird. Sie bekamen dieses Jahr über einen Schweizer IT-Experten Zugriff auf den Server der Firma, die die Bahngleise überwacht. Dieser Experte fand heraus, dass schon am 1. und 2. März 2023 Material auf dem Server gelöscht wurde. Als sie dieses Ergebnis dem Untersuchungsrichter mitteilten, ignorierte dieser das und lud den Experten nicht zur Befragung ein. Der Untersuchungsrichter befragte auch keine Überlebenden und auch keine Anwohner, die am Unglückstag giftige Gase eingeatmet hatten. Sie hätten unter Schock gestanden und seien deshalb keine glaubwürdigen Personen. Auch die Arbeiter, die fünf Stunden nach dem Unglück die Erde abtrugen und die Leichen abtransportierten, wurden nicht vernommen.

Sie verlangten, dass sie die Telefonprotokolle von der Regierungsebene bis zu den unteren Beamten einsehen könnten, um die Entscheidungswege nachzuvollziehen. Der Untersuchungsrichter könnte dies anordnen, verweigerte es aber. Sie verlangten Einsicht in die Bankkonten der Bahnmitarbeiter. Hellenic Train war nämlich durch einen Vertrag verpflichtet gewesen, 650 Millionen Euro in die Sicherheit zu investieren. Der damalige Verkehrsminister reduzierte diese Verpflichtung 2021 auf 50 Millionen, quasi als Geschenk an das Unternehmen. Solche Sachen passieren in Griechenland nur, wenn sie von ganz oben angeordnet werden.



Die Unfallstelle wird geräumt. Im Auftrag der Regierung Mitsotakis sollen die Spuren des Zugverbrechens beseitigt werden.

Premierminister Mitsotakis lügt

bei allem, was mit Tempi zu tun hat. Er lenkt die oberste Staatsanwaltschaft. Der Ministerrat kann die Reihenfolge der Staatsanwälte ändern, d.h. bestimmen, wer welchen Fall bearbeitet. Was war mit dem Feuerball? Die Regierung sagt, das sei durch Silikonöle ausgelöst worden, die beim Waggonbau verwendet werden. Die Angehörigen glauben eher an flüchtige Kohlenwasserstoffe (Benzol z.B.). Selbst wenn das mit den Silikonölen stimmen würde, hätte der Waggonbauer Siemens das melden müssen, dass es sich um einen Explosivstoff handelt. Das staatliche Chemielabor fand solche Silikonöle nicht, der Untersuchungsrichter akzeptiert diesen Bericht nicht. Man fand sowohl vor wie nach dem großen Hochwasser im Sommer 2023 flüchtige Kohlenwasserstoffe. Untersuchungsrichter: Es waren Silikonöle. Wenn es die aber nicht gab, dann war auf dem Güterzug illegale Fracht. Aus diesem Grund verweigert der Untersuchungsrichter toxikologische Untersuchungen. Wenn dabei was gefunden würde, dann wäre es kein einfacher Verkehrsunfall mehr, sondern eine Straftat. Dann müsste ganz anders untersucht werden. Die Position der Regierung lautet: Der Fall ist abgeschlossen.

Zugverbrechen

Die Einschätzung der Angehörigen ist, dass die Familie Mitsotakis hinter dem Schwarzhandel mit illegalen Stoffen steckt. Es gab auch schon gesammeltes Material nach dem Unfall, was aber als „nicht verwertbar“ entsorgt wurde. Das Parlament musste einen Untersuchungsausschuss einrichten. Die Regierungsmehrheit sorgte dafür, dass es ein Untersuchungsausschuss mit wenig Kompetenzen ist. Es gab eine parlamentarische Voruntersuchung, die Angehörigen wurden nicht vorgeladen. Der Hungerstreik, den der Vater am Syntagma angefangen hat, geht genau darum, dass er nicht weiß, ob es sein Kind ist, das im Sarg liegt, und woran es gestorben ist. Deshalb fordert er die Exhumierung. Es ist das Recht der Angehörigen, das zu erfahren. Die Regierung verweigert



Demonstration gegen die Verantwortlichen des Zugverbrechens auf dem Synntagma in Athen.
Es war kein menschlicher Fehler. Basisgewerkschaften der Arbeitnehmer bei Hellenic Train.

ihnen das Recht entgegen der Gesetzeslage. Sie will nur eine genaue Identifizierung der Toten zulassen. Bei 27 der 57 Toten wurde die Todesursache „Verkohlung“ angegeben.

Das ist aber keine Ursache, sondern der Zustand, in dem die Leichen der Menschen gefunden wurden. Wenn nichts aufgeklärt wird, können sich weiter Personen durch illegale Transporte bereichern und den Bahnverkehr gefährlich machen. Laut einer Studie der TU Athen beträgt die Wahrscheinlichkeit eines Unglücks bei der griechischen Bahn 86 Prozent! Die Sicherheitssysteme bei der Bahn wurden seit 2023 nicht verändert. Ein deutsches Institut stellte fest, dass die Entzündbarkeit der Innenausstattung der griechischen Personenzüge das Fünffache des Erlaubten beträgt. Der Untersuchungsbericht kostete 3000 Euro, die Regierung zahlte erst nicht, dann nach einem halben Jahr, so dass der Bericht einen Tag, nachdem der Untersuchungsrichter seinen Bericht vorgelegt hatte, eintraf. So ein Zufall. Griechenland steht an der Spitze, was Vertuschung und kriminelle Machenschaften der Regierung betrifft.

Mysteriöse Todesfälle

Die erste Staatsanwältin vor Ort, die dann von der Regierung abgelöst worden war, schickte ihren Bericht unter Nennung von Namen von Regierungsvertretern an das Parlament. 30 Tage später wurde ihr Sohn ermordet aufgefunden.

Zu den „verstorbenen“ Zeugen gehören:

Der Verkehrsleiter der Bahninfrastrukturgesellschaft, der über die Ladung des Güterzugs Bescheid gewusst haben muss, starb durch Verkehrsunfall.

Der Polizist, 36jährig, der zuständig war für die Kontrolle der Videoaufzeichnungen des Güterzugs, beging Selbstmord im Polizeipräsidium.

Verschweigen und Vertuschen

Nach der ersten großen Tempi-Demonstration im Januar dieses Jahres erklärte Mitsotakis, die Angehörigen erzählten Märchen. Dafür gebe es Beweise. Wenig später tauchte auf einmal ein Video auf, das den beteiligten Güterzug mit einer Ladung Metallteile zeigt. Die Echtheit überprüfte obiger Polizist, der sich angeblich erschossen hat. Die Angehörigen ließen das Video von Fachleuten untersuchen, die feststellten, dass das Kennzeichen des Güterzuges geändert worden war, so dass es mit dem Kennzeichen des Unglückszugs übereinstimmte. Das Video, das die Regierungsversion belegen sollte, ging nicht in die Akte des Untersuchungsrichters ein, es war nur für die Medien gemacht worden.

Die Presse schwieg. Lange Zeit gab es keine Artikel, in dem die zwei Wörter Tempi und Zugunglück gleichzeitig auftauchten. Auch in Italien, das Land der italienischen Staatsbahn, des Besitzers von „Hellenic Train“, wurde weder von Seiten der Regierung noch der Medien etwas unternommen. Eine Unterstützergruppe hingte ein großes Transparent am Gebäude von „Hellenic Train“ auf, einer wurde deswegen verhaftet.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner hatte mehrfach vor dem Unglück gewarnt, zuletzt 20 Tage vor dem Unglück mit Schreiben an den Verkehrsminister per Gerichtsvollzieher. Inhalt: Es wird Tote geben! Der Minister trat am 21.2., also eine Woche vor dem Unglück, im Parlament auf: Schämt euch nach der Sicherheit in griechischen Zügen zu fragen! Der Gewerkschaftsvorsitzende, der gewarnt hatte und nach dem Unglück davon gesprochen hatte, wurde entlassen, musste aber nach empörtem Aufschrei wieder eingestellt werden.

Ingrid fragt den Vater, ob die Angehörigen in irgendeiner Form therapeutische Hilfe bekommen hätten, Krisenintervention, psychologische Begleitung und Unterstützung, Beistand in jeglicher Form.

Ilias Papangelis hebt seine Hand und macht mit den Fingern das kreisrunde Zeichen für „Null“. Das heißt mit den Folgen dieser Extremtraumatisierung werden die Familienangehörigen ihr Leben lang zu kämpfen haben, auch wenn sie sich so gut wie möglich gegenseitig unterstützen. Diese Hilfeverweigerung ist eine grobe Unterlassung und, wie Ingrid meint, ein weiterer Teil verbrecherischen Verhaltens seitens der Verantwortlichen.

Der Verein der Angehörigen

will nichts mit den politischen Parteien zu tun haben. Sie nehmen kein Geld von Parteien an, wollen völlig unabhängig bleiben. Sie wollen auch keine Partei gründen, was die Regierung ihnen vorwirft. Sie sind eine Bewegung für Gerechtigkeit und Aufklärung. Die Riesendemonstration am 28. Februar schien anfangs ihnen zu helfen und die Stimmung zu drehen. Die Regierung schaffte es aber wieder ihre Position nach vorne zu schieben. Mitsotakis versprach, die Regierung werde noch effizienter werden und noch mehr privatisieren...

Mein Fazit: Wer solch eine Regierung hat, braucht keine Feinde mehr.

(Manfred)



Demonstration zur israelischen Botschaft

Wir (Ingrid, Andi, Theo) stießen verspätet auf den Demonstrationszug. Er hatte bereits die US-Botschaft passiert und nur noch einen kurze Strecke bis zum israelischen Botschaftsgebäude zurückzulegen. Für uns aus Berlin ein ungewohntes Bild. Keine Polizeiketten eskortierten die Demonstrierenden; es fehlten die in Berlin auf jeder Pali-Demo üblichen Film- und Festnahmetrupps, die jede Zuwiderhandlung gegen polizeiliche Auflagen dokumentieren und Missetäter unter Prügeln aus der Demonstration zerren, um sie von Gerichten verurteilen zu lassen. Es reicht dazu das Zeigen oder Rufen einer verbotenen Parole.

**Donnerstagabends
2. Oktober 2025**

Wie wir von Achim erfahren hatten, wurde auch in Griechenland das Demonstrationsrecht geändert. War es früher erlaubt, sich ohne Anmeldung und Auflagen zu versammeln und zu demonstrieren, wurde auch in Griechenland ein Versammlungsrecht nach bundesdeutschen Vorbild eingeführt. Aber niemand hält sich daran und meldet z.B. eine Demonstration mit einer juristisch verantwortlichen Person an. Zudem sind Parolen, die bei uns als Unterstützung „terroristischer“ Vereinigungen strafbar sind, in Griechenland nicht verboten.

Wir stießen schnell auf unsre Reisegruppe, die im Block der Anti-Nato-Aktion und des BDS-Griechenland mitmarschierte. Ohne Furcht vor Verhaftung oder dem Polizeiknüppel stimmten wir in die Parolen ein, wie „Lef, Lef, Lefteriá / Lefteriá stin Palestini!“ oder „From the river to the sea, Palestine will be free“. Angesichts der kämpferischen Stimmung begannen wir Parolen auf deutsch zu rufen, z.B. „Kein Transport für Völkermord“. Wir wollten damit den internationalistischen Charakter der Demo unterstreichen.

Die Demonstrierenden traten an der israelischen Botschaft den Rückmarsch an. Das Gebäude war durch Einsatzfahrzeuge und Sperrgitter abgeriegelt, ein Durchkommen unmöglich. Erst auf dem Rückmarsch, etliche 100 Meter von der Botschaft entfernt, wurde die Situation brenzlig. Drei heftige Explosionen und Feuerbälle, die uns an die sogenannten Polenböllern oder Kugelbomben in Berlin erinnerten, und die Sirenen der Polizei-Einsatzfahrzeuge, aus denen die behelmten Beamten strömten, ließen nichts Gutes erwarten. Wir kennen aus den Erfahrungen vergangener Jahre die polizeilichen Methoden zur Auflösung von Demonstrationen und Kundgebungen. Mit dem massenhaften Beschuss durch Tränengas werden die Teilnehmenden auseinandergetrieben, um anschließend flüchtende Demonstrant:innen mit den berüchtigten Motorrad-Einheiten zu verfolgen und zu verprügeln. Für die Fahrer mit ihren prügelnden Kollegen auf dem Rücksitz bilden enge Gassen und Gehwege kein Hindernis. Sie können flüchtende

Demonstranten und Passanten ohne körperliche Anstrengungen bis in Restaurants und Kneipen verfolgen, um sie zusammenzukuñpeln. Um diese Erfahrung zu vermeiden, suchten wir rasch die nahegelegene Metrostation auf. Alle kamen heil nach Hause. Wer für die Explosionen weitab von der israelischen Botschaft verantwortlich war, darüber konnten wir nur spekulieren. Waren es unüberlegte Heißsporne oder waren es Provokateure, oder war es eine Mischung aus beiden? Die Antwort auf diese Fragen bleibt unwichtig. Es bleibt die Erinnerung an eine kämpferische und antizionistische Demonstration in Athen.

(Ingrid, Andi)



Vor der durch die Polizei hermetisch abgeriegelten israelischen Botschaft stoppte der Demonstrationszug und die Demonstrierenden mussten den Rückweg antreten.



Flüchtlingspolitik in Griechenland

Wir trafen uns mit der Gruppe in dem schönen kleinen Tsamadou-Gärtchen und lauschten einem Vortrag von Achim von der Gruppe Diktyo. Das Netzwerk setzt sich seit 1988 für die Rechte und den Schutz von Geflüchteten ein. Aktuell arbeiten sie an einem Projekt in Zusammenarbeit mit der Roma Community. Die Minderheit der Roma wird in Griechenland immer noch stark diskriminiert und ihre Existenz an den Rand der Gesellschaft gedrängt. So gibt es in einer Gegend am Rand von Athen, wo sehr viele Roma in prekären Verhältnisse leben, immer noch kein fließendes Wasser. Diktyo setzt sich momentan dafür ein, dass dieser Zustand nicht länger so bleibt. Ohne die dringend gebrauchte Infrastruktur können keine lebenswerten Umstände erreicht werden und der Kreislauf aus Diskriminierung und Armut setzt sich immer weiter fort.

**Freitagvormittag
3. Oktober 2025**

Neben der Vorstellung des aktuellen Projektes haben wir auch gemeinsam viel über die aktuelle Migrationspolitik der griechischen rechten Regierung gesprochen. Als Hintergrundinfo ist es wichtig zu wissen, dass vor allem die EU ein großes Interesse daran hat, dass die Geflüchteten gar nicht erst auf europäischem Festland ankommen. Im Jahr 2020 nannte Frau von der Leyen Griechenland den „Schutzschild Europas“. Hier spielen sowohl die griechische Küstenwache als auch Frontex sowie paramilitärische Gruppen eine Rolle. So patrouillieren teilweise auch faschistische Einzelpersonen an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei. Doch auch die sogenannten Push-backs sind an der Tagesordnung bei der griechischen Küstenwache. Es geht ihnen vor allem darum die Geflüchteten davon abzuhalten das Land zu erreichen. Dabei nehmen sie auch immer wieder Tote in Kauf. 2023 brachten sie das Boot Adriana vor Pylos zum Sinken und 600 Menschen verstarben dabei. Das Mittelmeer vor Griechenland ist somit ein riesiger Friedhof, nur dass die Angehörigen und Überlebenden niemals Frieden finden werden.



Treffen im Garten des ‚Diktio‘ zur Flüchtlingspolitik und zum Kampf gegen die Metrostation.

Viele Geflüchtete schaffen es mit Glück die Insel Kreta zu erreichen. Die Regierung hat daraufhin in diesem Sommer ein Gesetz erlassen, wonach alle Asylanträge von Geflüchteten für drei Monate ausgesetzt werden sollen, falls sie auf Kreta angekommen sind. All dies soll vor allem der Abschreckung dienen. So wurde auch die Regelung eingeführt, dass alle registrierten Geflüchteten zunächst für einen Monat in ein Lager gesteckt werden. Dies soll jetzt über mehrere Monate hinweg verlängert werden. Auch in Deutschland verschärft sich die Gesetzeslage immer weiter. Erst im Juni dieses Jahres erklärte das Bundesverwaltungsgericht es für zulässig Menschen, die in Griechenland ihren Erstantrag gestellt haben, aus Deutschland wieder abzuschieben. Dies war lange untersagt, da die Lebensumstände in den griechischen Lagern unmenschlich sind. Das Gericht argumentierte sein Urteil so, dass die Geflüchteten ja illegal arbeiten und so zumindest an ein wenig Geld kommen könnten. So etwas kann man sich wirklich nicht ausdenken.

Doch das war nicht das einzige Gesetz, was die griechische Regierung als Verschärfung der Zustände erlassen hat. Der Regierung sind vor allem auch die nicht-registrierten Geflüchteten ein Dorn im Auge. Schätzungsweise gibt es in Griechenland 200.000-300.000 sogenannte „illegale“ Geflüchtete. Bis vor kurzem war die Regelung, dass diese festgenommen werden und in Abschiebehäft für eine bestimmte Zeit müssen. Hier kommen sie jedoch nach 4 Wochen bis 6 Monate auch wieder raus. Einige haben aus eigener Erfahrung erzählt, dass Menschen teilweise 4-, 8- oder 10-mal solch eine Prozedur durchlaufen haben. Am 02.09.25 wurde nun ein Gesetz erlassen, welches vorsieht, dass, wenn nicht registrierte Geflüchtete erwischt werden, sie zwischen zwei und fünf Jahren in den Knast und 5000 Euro Strafe zahlen müssen. Anders als bei anderen Urteilen darf man sich hier nicht vorzeitig „freikaufen“. Diese Regelung gilt auch für jene, die z.B. aufgrund von plötzlicher Arbeitslosigkeit ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren. Der Regierung ist klar, dass sie keine 300.000 Menschen in den Knast stecken kann, doch auch wenige hundert Gefangene reichen schon als Abschreckung für andere. Denn nach nur einer Woche nach Erlassung des Gesetzes hat man Menschen eingesperrt, die sich erst wenige Tage im Land aufgehalten haben.

Auf der einen Seite werden Menschen in Haft gesteckt oder gleich abgeschoben. Auf der anderen Seite hat die griechische Regierung ein Abkommen mit Bangladesch geschlossen, um billige Arbeitskräfte ins Land zu holen und bezahlt dem Land Geld dafür. Denn vor allem in der Landwirtschaft herrscht ein großer Arbeitskraftmangel, der dadurch verringert werden soll.

Es ist erschreckend zu sehen, wie ein sicheres Leben jener Menschen, die vor Krieg und Krisen geflohen sind, hier in Europa verunmöglicht wird. Diese neokolonialen und rassistischen Praktiken gilt es zu kritisieren! Dabei darf aber auch nie die Rolle Deutschlands und vor allem der EU vergessen werden, die maßgeblich durch Finanzierungen und Erwartungen an Griechenland dazu beitragen, dass sich die Situation der Geflüchteten weiter verschlechtert. Umso wichtiger sind also Initiativen, die genau hinschauen und praktische Solidarität leisten.

(Finia)

Kampf gegen Metrobau und Gentrifizierung in Exarchia

Nachdem wir gegenüber im Achileos etwas gegessen hatten, ging's im besetzten Gärtchen weiter. Von der offenen Versammlung waren vier Frauen gekommen.

Freitagnachmittag
3. Oktober 2025

Der Bau der Metro-Station

(Zur Information: Für eine neue U-Bahnlinie soll auf dem Exarchia-Platz eine Metrostation gebaut werden. Der Exarchia-Platz war eine der wenigen grünen Oasen im ganzen Viertel. Vor drei Jahren wurde er eingezäunt, die Bäume wurden gefällt, Polizisten bewachen die Absperrzäune Tag und Nacht.)



Für den Bau der Metrostation abgeriegelter Platz im Herzen von Exarchia

Zur Zeit wird an der Baustelle nicht gebaut. Es gab Widerstand und einen Gerichtsbeschluss wegen der Tatsache, dass der Bauzaun an einer Seite so nah an den Häusern steht, dass keine Feuerwehr- oder Krankenwagen durchkommen können. Deshalb musste die Baufirma im Mai den Zaun versetzen und müsste nun neu planen, was sie aber nicht tut. Es wächst schon wieder Grün! Die neue Linie 4 hat diverse Probleme, nicht nur hier: antike Funde, Wasserleitungen, nicht eingehaltene Sicherheitsbestimmungen. Man rechnet jetzt schon mit fünf Jahren Verzögerung.

Ursprünglich wollte man den U-Bahn-Tunnel und die Stationen gleichzeitig bauen. D.h. die Stationen im Tagebau, also mit riesigen Baulöchern. Eine Alternative wäre, den Tunnel zuerst zu bohren und dann den Stationsbau von unten hoch auszuführen. Dann hätte man die Bäume auf dem Platz stehen lassen können! Diese Lösung wäre allerdings teurer.

Sie versuchten zu den Baugewerkschaften Kontakt aufzunehmen, das war aber nicht einfach. Am besten klappte das bei dem Verein der Archäologen, die dann auch viel im Boden fanden (!). Bei den Arbeitern hier auf dem Platz war es schwer, alle sind Leih-

arbeiter. Aber einer hörte auf zu arbeiten. Daraufhin tauschte die Firma das Personal aus. Der Kontakt zur Eisenbahngewerkschaft der OSE (einer davon war am Montag bei uns) war gut und hilfreich. Dieser konnte ihnen viel über Sicherheitsbestimmungen sagen. Das führte zur erfolgreichen Gerichtsverhandlung. Es gab auch gute Kontakte zur Basisgewerkschaft der Baufirma, die offen für sie waren. Sie waren mehrheitlich PAME, einige traten aus, zu denen sie besonders guten Kontakt haben.

Gentrifizierung

Die neue Linie U4 ist U-förmig geplant und soll das Zentrum mit den Außenbezirken verbinden. Viele, die früher im Zentrum gewohnt haben, sind an die Peripherie gezogen und kommen zur Arbeit ins Zentrum. Ebenso die Touristen, die für Kultur und Unterhaltung ins Zentrum wollen. Also das Zentrum wird ein Ort für Arbeit, Vergnügen, Kultur, nicht mehr für Wohnen.

Bis 2022 war der Exarchia-Platz eine grüne Oase, Versammlungsort. Jetzt steigen die Mietpreise, sozial Schwächere, Geflüchtete, auch untere Mittelschicht werden verdrängt. Besser Verdienende ziehen hierher. Ganze Häuser werden zu Coworking-Spaces umgebaut, in Airbnb-Wohnungen umgewandelt.

Der Metrobau wird überwiegend mit EU-Geldern finanziert. Deshalb haben sie mit dem Petitionsausschuss und dem Verkehrsausschuss der EU Kontakt aufgenommen. Letztes Jahr konnten sie im EU-Parlament sprechen. Aber die Sache hängt noch in den Ausschüssen. Das Verkehrsministerium und die Stadt Athen wurden zur Stellungnahme aufgefordert.

Es gab hier viele kleine Buchläden, auch politische, die jetzt weggehen, traditionelle Cafés verschwinden. Der Stadtteil wird zum Ausgeh- und Vergnügungsviertel. Die Stadt drückt ein Auge zu bei Musik, Tischen auf der Straße, so dass kaum noch ein Durchkommen ist. (Erinnert mich an die Schanze in Hamburg!) Die Drogenszene wurde in ein benachbartes Viertel verdrängt. Ein Vermieter erhöhte die Miete mit der Begründung, es seien ja jetzt keine Drogenabhängige mehr vor der Tür!

Für die BewohnerInnen ist das Viertel unwirtlich geworden. Keine Banken, keine Postfilialen. Für die Schule nebenan war der Exarchia-Platz der Ort, wo die SchülerInnen bei Erdbeben sich versammeln sollten. Jetzt gibt es keine Möglichkeit mehr dafür.

In den Medien gibt es wenig Resonanz, nur in linken Publikationen.

Ein besonderer Fall ist die Station Evangelismos in der Nähe vom Syntagma. Diese Station sollte eine Umsteigestation mit der neuen Linie 4 werden. Bei der Station gibt es eine Art Park, den vor zehn Jahren ein Reeder anlegen ließ, weil er dort wohnt. Nun sollte dieser Platz auch plattgemacht werden. Nun zog dieser Reeder wie sie vor den Staatsgerichtshof und bekam Recht! Die Pläne seien unzumutbar und müssten geändert werden. Für sie galt das nicht.

Der Plan zum Metrobau hier auf dem Platz hat politische Gründe. Man will das Widerstandsnest Exarchia plattmachen. Der ursprüngliche Plan sah vor, die Station am naheliegenden Nationalmuseum zu bauen. Das wäre besuchermäßig auch viel sinnvoller.

Wir übergaben eine Spende von 250 Euro.

(Manfred)

Infoveranstaltung zur Lage in Deutschland

Wie in den letzten Jahren hatten unsere griechischen Freunde eine Veranstaltung vorbereitet, auf der wir aus Deutschland berichten sollten. Das Motto lautete: „Deutschland rüstet auf – Repression und Widerstand“. Sie hatten dazu auf Griechisch Plakate hergestellt und fleißig geklebt.

**Freitagabend
3. Oktober 2025**

Es sollte um halb acht losgehen, aber wie das in Griechenland üblich ist, heißt das, dass man ab halb acht etwa kommt. Wir waren wieder in dem kleinen selbstverwalteten Park in Exarchia. Wie die ganze Woche schon war es für die Jahreszeit für Athen recht frisch und es war gut, wenn man warm angezogen war. Es füllte sich dann doch im Laufe der Veranstaltung, so dass insgesamt etwa 40 Leute da waren (uns eingerechnet). Also ok.

Andi hatte vorher einen Text zur Lage in Deutschland verfasst, den Jennifer übersetzt und mit ihrer Gruppe vervielfältigt hatte. Der lag aus und wurde verteilt, so dass wir uns auf einige konkrete Punkte konzentrieren konnten. Es begann Khalid, der seine Erfahrungen als Palästinenser, der in Berlin gegen den Völkermord in Gaza demonstrieren will, schilderte. Es folgten Finia und Luca, die vom Camp „Rheinmetall entwaffnen!“ im September in Köln berichteten. Ingrid und Andi gingen auf den mangelnden Widerstand der Gewerkschaften gegen die Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Regierung ein und auf die Propaganda für die Bundeswehr in den Medien.

Die Diskussion bzw. die Nachfragen zu unseren Beiträgen fand erst mal gar nicht statt, weil einige unbedingt Statements abgeben mussten zur allgemeinen Weltlage. Insbesondere ein jüngerer Mann von einer kleinen Splitterpartei ließ sich endlos aus, was noch dadurch endloser wurde, dass sein Beitrag ins Deutsche übersetzt werden musste. Dann kam doch noch eine Frage, interessanterweise dieselbe wie am Mittwochnachmittag von Petros Papapetrou: Wie kann die deutsche Bourgeoisie so eine für sie offensichtlich schädliche Politik verfolgen, dass sie auf die günstige Gasversorgung aus Russland verzichtet? Theo hatte am Mittwoch gut zugehört und gab ihm die Antwort auf Griechisch.

Trotz der etwas schwierigen Diskussionsphase sagten uns hinterher mehrere Leute, dass sie unsere Beiträge sehr informativ und interessant fanden.

Danach war's dann auch Zeit ins Rosalia zu gehen, es froren auch alle. Dort gab es noch eine sehr nette Abschlussrunde mit uns und den Griechen.



Die Mitglieder der Soligruppe tragen ihre Erfahrungen aus Deutschland vor.

Grußadresse an den hungerstreikenden Panos Routsis

Samstagnachmittag
4. Oktober 2025

Für Samstagnachmittag hatten wir uns verabredet, um dem hungerstreikenden Panos Routsis unsere Solidaritätsadresse zu übergeben;

Solidaritätserklärung mit den Hungerstreikenden

Tempi war ein unmenschliches Verbrechen

Achtung wir beobachten Euch!!!

Das heißt: eure Regierung, eure Justiz, eure Medien, eure Wissenschaftler, eure sogenannten „Experten“, eure Polizei, die Geheimdienste, die gesammelten Heuchler.

Auch in Berlin, Hamburg, Köln haben wir die unsäglichen Vertuschungen, Lügen und Manipulationen der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt.

Es gab dazu in mehreren Städten Informationsveranstaltungen.

Die Angehörigen der Opfer sind mit den lebenslang anhaltenden Folgen ihrer Extremtraumatisierungen allein gelassen worden. Auch das bezeichnen wir als Verbrechen.

Wir, das sind:

junge und alte solidarische, kooperative Gewerkschafter, Studenten, Lehrer, Journalisten, Feministen. Seit 12 Jahren stehen wir im Austausch mit verschiedenen griechischen politischen Gruppen. Wir haben die furchtbaren Folgen der Troika-Politik für die griechischen Menschen, die Krisen und zerstörten Hoffnungen miterlebt!

Manfred, Hans, Andi, Doris, Ingrid, Rieke, Hauke, Corinna, Finia, Luca, Khaled, Wolfgang, Christos, Jenni, Alexandra, Theo)/Haris



Panos Routsis (auf dem Foto links) und seine Erklärung zum Hungerstreik

Nachtrag:

Kurz nach der Übergabe unserer Grußadresse erfuhren wir, dass der Forderung von Panos Routsis nach Exhumierung der sterblichen Überreste seines Sohnes stattgegeben wurde und wenig später auch der Forderung nach einer toxikologischen Untersuchung. Nach 23 Tagen Hungerstreik also ein Erfolg und eine Niederlage für die Regierung. Jetzt heißt es abwarten, wer die Untersuchungen durchführen wird und was dabei herauskommt.

Premierminister Mitsotakis reagierte jedenfalls gleich:

„Und er rächte sich á la Trump. Natürlich äußerte er sich über ein soziales Medium – wie Trump. Er verkündete am Sonntag: Weil er für die Zukunft ausschließen werde, dass unwürdige ‚Veranstaltungen‘ vor dem Denkmal des Unbekannten Soldaten stattfinden, lasse er noch innerhalb einer Woche ein Gesetz verabschieden, das die ausschließliche Verantwortung für den Schutz und den ordnungsgemäßen Betrieb des Unbekannten Soldaten‘ dem Verteidigungsministerium überträgt. Das Gesetz soll bereits heute (15.10.) im Parlament eingebracht werden. Zuletzt war es die Obristendiktatur, die bis 1974 das Militär auf dem Syntagma-Platz verhindern ließ, dass dort unerwünschte Versammlungen stattfanden.“¹

Maria Karystianou, die Vorsitzende des Vereins der Angehörigen, antwortete ihm ebenfalls über facebook:

„Hände weg von unserem Denkmal; das uns allen gehört!

Das Denkmal des unbekannten Soldaten gehört allen Griechen.

Ihre anmaßende Überzeugung, dass Ihnen das Land, die Wälder, die Inseln, unser Leben gehören, ist falsch. Ihnen gehört nichts.

Sie sind bloß vorübergehende Verwalter, und dazu noch korrupt und gescheitert!

Sie haben die Infrastruktur des Landes vernachlässigt und entwertet und mir damit das Kostbarste genommen, mein Kind; sie haben das Land verarmen lassen, Unternehmen zerstört, Bildung und Gesundheitssystem zerschlagen und die strahlende Geschichte und Kultur Griechenlands erniedrigt. Sie haben es unsichtbar, feige und beschämt gemacht. Ihr politisches Vermächtnis wird als das dunkelste in die Geschichte eingehen und zugleich als die Hauptursache für die gesellschaftliche Geschlossenheit, die uns aufgerüttelt hat, aus dem Sumpf herauszukommen und zu überleben.

Und als das Volk sprach, seine Liebe zeigte und den heiligen Kampf von Panos Routsis für die Gerechtigkeit seines Kindes und aller Opfer von Tempí umarmte, beschlossen und befahlen sie, den Zugang zum Denkmal des unbekannten Soldaten einzuzäunen und zu sperren! An dem Denkmal, das das Heilige und Unantastbare der Heimat verkörpert, das sie nicht einmal aus der Ferne „berühren“ können.

Wagt es nicht, euch auch das Denkmal des unbekannten Soldaten anzueignen, denn ihr werdet uns gegenüberstehen.

Die Namen der Toten werden dort bleiben bis zur endgültigen Gerechtigkeit!

Wie anmaßend ist es, einen zutiefst undemokratischen Vorschlag als ‚Strafe‘ gegen den gesellschaftlichen Protest ins Parlament zu schicken! Die Demokratie lässt sich jedoch nicht durch Erpressung und Einschüchterung beeindrucken. Das grundlegende Recht auf Freiheit ist heilig! Fürsorge und Respekt gegenüber den Rechten und Wünschen der Bürger stehen ÜBER jeder politischen Zweckmäßigkeit, inneren Unsicherheit und Angst um den Stuhl der politischen Macht.

1 Mitsotakis im Krieg gegen die inneren Feinde aus: griechenlandsolidarität

Hört Ihr?

Der heutige Tag, an dem dieser beschämende Vorschlag des Premierministers im Parlament diskutiert wird, wird in die Geschichte eingehen. Heute findet jedoch auch die Verhandlung zur Angelegenheit der gelöschten Videos statt! Wer hat den Befehl gegeben, die Videos zu löschen? Warum hat der Untersuchungsrichter nicht von Amts wegen gehandelt, wie er hätte müssen, bei dieser hinterhältigen Tat, sondern gewartet, bis eine Anzeige erstattet wurde? Der Premierminister, in dem Versuch, sich vor der Verwicklung seiner Regierung in das Verbrechen von Tempi zu schützen, löscht mit autoritären Erlassen alles, was daran erinnert und es ins Gedächtnis ruft! Wenn er könnte, würde er in unseren Geist und unsere Seele eindringen, um autoritär jede Erinnerung zu löschen! Diese schuldhafte Regierung, unter deren Amtszeit die politischen und rechtlichen Exzesse stattgefunden haben, die die Werte entweihen, für die der Unbekannte Soldat stand, will, um sich zu verbergen und den Volkszorn zu ersticken, eine der menschlichsten und heldenhaftesten Taten der letzten Jahre im Land auslöschen, damit sie sich nicht wiederholt.

Wir, sowie die gesamte Gesellschaft, werden immer dort anwesend sein, vor dem Denkmal des Unbekannten Soldaten!“

(Manfred)



Solidarität mit Panous Routsis vor seinem Zelt auf dem Syntagma

Wind- und Solarenergie: Großprojekte gegen lokale Interessen

Gespräch mit Aristoteles Tympas, Professor für Geschichte der Naturwissenschaften an der Nationalen und Kapodistrias-Universität in Athen, der sich dort unter anderem mit der Geschichte neuerer Technologien beschäftigt.

Montagabend
6. Oktober 2025

Wie in anderen EU-Ländern wurde die Stromversorgung in Griechenland ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dereguliert und privatisiert. Die staatliche Energiegesellschaft wurde zerlegt und privatisiert. Wie auch in Deutschland wurden Netz und Erzeugung organisatorisch voneinander getrennt und in unterschiedlichen Gesellschaften organisiert. Dadurch wurde die Planung des Übergangs zu einer Versorgung mit erneuerbaren Energiesystemen deutlich erschwert. Gleichzeitig wurde die politische Kontrolle über die Strom- und später auch die Wasserversorgung vom Parlament auf eine Regulierungsagentur übertragen.

Griechenland wäre wegen der vielen Sonne eigentlich ein idealer Ort für die Energiewende. Zusätzlich gibt es auch relativ viel Wind. Beides wurde seit vielen Jahrhunderten genutzt. Daher gingen viele davon aus, als in den 1970ern die Umweltkrise offensichtlich wurde, dass die erneuerbaren Energieträger günstiger als anderswo wären und leicht mit den Konventionellen konkurrieren könnten. In der Umweltbewegung gab es den Wunsch, Solar- und Windenergie auszubauen. Die Stromerzeugung basierte bis dahin vor allem auf Braunkohlekraftwerke; der Verkehr auf Benzin und Gas, wie überall auf der Welt.

Die Frage ist allerdings, wie „erneuerbar“ definiert wird. Das heißt, welche Größe sollten die Anlagen haben? Griechenland hat mit seinen zahlreichen Inseln eine sehr spezielle Geografie. Die Verbindung zum Festland ist schwierig und das Meer sehr tief. Viele Inseln versorgen sich daher selbst mit Generatoren und kleinen Kraftwerken, weil Seekabel nicht einfach zu verlegen sind. Die Stromversorgung ist relativ aufwendig, weil der Kraft- und Brennstoff kleinteilig verteilt werden muss. Das macht die Inseln also neben der vielen Sonne und des vielen Windes zusätzlich attraktiv für unabhängige Versorgung mit Photovoltaik und (kleinen) Windkraftanlagen. Ähnliches gilt übrigens für die vielen Berge, die es in Griechenland gibt.

Es gab also einige Pläne griechischer Ingenieure, kleine Lösungen für Inseln mit erneuerbaren Energieträgern zu entwickeln. Davon wurde allerdings wenig umgesetzt, denn als die Privatisierungen losgingen, gab es auf einmal keine öffentliche Gesellschaft mehr, um derartige Vorhaben umzusetzen. Stattdessen wurde das bei weitem vorherrschende Modell, auf entlegenen Orten – auf Inseln und in den Bergen – große Windfarmen einzurichten. Die Anlagen sind 60, 90, gar bis zu 150 und 200 Meter hoch und zerstören die Landschaft sowie viele attraktive Orte. Die Lizenzen dafür werden von der Regierung in Athen vergeben, und viele sind noch gar nicht umgesetzt.

Dies alles, so unser Gesprächspartner, sei nur dem Namen nach erneuerbar. Die Anlagen werden alle ans Netz angeschlossen, und da es meist keine lokalen Speichermöglichkeiten gibt, bedeutet das, dass, was produziert wird, unmittelbar konsumiert werden muss. Der Energieverbrauch steigt also, anstatt dass konventionelle Brenn- und Kraftstoffe ersetzt würden.



Der öffentlich-rechtliche griechische Fernsehsender ERT berichtet über den Ausbau der Solarenergie

Statt behutsam und am Bedarf der einzelnen Inseln orientiert Wind- und Solarenergie zu entwickeln, werden große Wind- und Solarparks in die Landschaft gestellt, die diese zerstören, teure Unterseekabel ans Festland benötigen, und zeitweise für ein Überangebot sorgen, so dass die Erzeuger eher ein Interesse daran haben, dass möglichst viel elektrische Energie konsumiert wird.

Wind- und Solarparks sind ein gutes Geschäft. Bauunternehmer und ähnliche drängen in die Branche und bekommen Lizenzen von der Regierung. Die Kapazitäten überschreiten inzwischen in Zeiten von besonders viel Sonne oder Wind den griechischen Bedarf, und da keine Speicher gebaut werden, muss dann viel exportiert werden.

Die Alternative wären kleine, dezentrale Lösungen. Griechenland war einmal führend in der Warmwasserbereitung mit Sonnenenergie. Tatsächlich sieht man auf vielen Dächern Solarthermieanlagen, die die Sonnenwärme einfangen, um sie für Heizen und Warmwasser zu verwenden. Laut Tympas könnte der Energiebedarf der Haushalte in Athen zu 40 und auf dem Land zu 100 Prozent direkt mit Solarthermie, Photovoltaik und kleinen Windkraftanlagen gedeckt werden. Pro Wohnung würde die entsprechende Ausrüstung etwa 6000 Euro kosten. Die Anlagen würden sich also bei den griechischen Energiepreisen in drei Jahren amortisieren. Doch dafür gibt es keine staatliche Unterstützung, wie es auch für die seit langem verwendeten Warmwasser-Solaranlagen (Solarthermie) keinerlei Subventionen gegeben hat.

Lokale, dezentrale Erzeugung hätte auch andere Vorteile. Tympas erzählt, dass sie am Beispiel der Gemeinde Zografou im Großraum Athen durchgerechnet haben, dass sich mit Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden die Akkus von Elektroautos aufladen ließen. (Vermutlich hat er alle dort benutzten Fahrzeuge gemeint, aber das wurde aus den Aufzeichnungen nicht ganz klar.)

Die Gesetzgebung macht solche kleinen, unabhängigen Lösungen aber unmöglich, so Tympas. Im Namen der Sicherheit gibt es eine Verpflichtung zum Netzanschluss. Aber

für einen großen Teil des Landes sei es gar nicht notwendig. Auf den Inseln und in vielen Bergregionen wären unabhängige Lösungen möglich (und sogar besser. Unter anderem, weil das Geld für die Energie in der lokalen Ökonomie bliebe, das jetzt in die Metropolen und zu großen Konzernen abfließt.)

Stattdessen passiert etwas anderes. 2008 gab es zum Beispiel den Helios-Plan. Auf Lesbos, Chios und Limnos sollten große Windparks entstehen. Das ist am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Das Projekt sollte durch eine Tochterfirma des spanischen Konzerns Iberdrola durchgeführt werden. Iberdrola betreibt in Spanien auch Atomkraftwerke. Es gibt nicht einmal Hochspannungsleitungen, die den Strom von den Inseln hätten abführen können. Unterseekabel, die dafür nötig wären, sind extrem teuer und müssten immer von der öffentlichen Hand bezahlt werden.

Von der EU sollten, so der Plan, 800 Millionen Euro für ein Unterwasser-Kabel kommen. Allerdings ist das Meer in der Ägäis sehr tief. Kein Vergleich zu den flachen Küstengewässern Nordeuropas. Mit derart tief verlegten Stromkabeln gebe es wenig Erfahrung, so Tympas. Außerdem ist die Region tektonisch aktiv. Die Idee war aus Deutschland gekommen und ein Wiederaufguss des (gescheiterten) Desertec-Projekts, mit dem im großen Maßstab elektrische Energie nach Europa importiert werden sollte. Entsprechend ist es auch der Siemens-Konzern, der gerne diese Unterseekabel verlegen möchte.

Tympas' Arbeitsgruppe hat ausgerechnet, dass mit einem Viertel des Geldes, mit 200 Millionen Euro, alle drei Inseln mit dezentralen Lösungen (Solar, kleine Windkraft und Speicher) versorgt werden könnten. Auf den Inseln würden Arbeitsplätze für Installation und Instandhaltung entstehen und das Geld bliebe in der lokalen Ökonomie. Im Prinzip sei es möglich kleine Gesellschaften wie Stadtwerke oder Genossenschaften zu gründen, die so etwas umsetzen könnten, aber dem würden allerlei Steine in den Weg gelegt.



Terna Energy, Youtube

Derzeit geht die Entwicklung aber in eine ganz andere Richtung. Im Süden Griechenlands wurden viele Lizenzen an Chevron, ExxonMobil und andere vergeben, um dort Öl- und Gas zu finden. Mit seismischen Untersuchungen werden Lagerstätten unter dem Meer gesucht. Dabei werden laute Schallwellen erzeugt, was für die Meeressäuger eine erhebliche Bedrohung ist.

Gefördert scheint noch nicht viel zu werden, aber es gibt Pläne Öl- und vermutlich auch Gaskraftwerke zu bauen, die zum Einsatz kommen, wenn Wind und Sonne keinen Strom liefern. Das Problem könnte natürlich auch mit Speichern gelöst werden, aber wie in Deutschland ist das für die großen Konzerne nicht attraktiv.

Zusätzlich gibt es auch Bestrebungen, LNG-Gas aus den USA zu importieren. Selbst über Atomkraft wird wieder diskutiert, und viele Jüngere glauben die Propaganda der Atomindustrie, wonach diese nachhaltig und umweltfreundlich sei. Auch in den vielen lokalen Initiativen gegen die großen Wind- und Solarparks gibt es viel Offenheit gegenüber diesen konventionellen Projekten, während die Idee der erneuerbaren Energie verbrannt ist. Es sei sehr schwer, den Menschen zu erklären, dass sie kleinere, dezentrale Projekte für die Selbstversorgung brauchen.

Gewisse Hoffnung hat unser Gesprächspartner in die Verbreitung von Balkonkraftwerken, die es inzwischen auch vereinzelt in Griechenland gebe. Die hohen Strompreise könnten im Zusammenspiel mit diesen kleinen Anlagen vielleicht zu einem Bewusstseinswandel führen. Wenn die Menschen sehen, dass sie ein wenig Strom selbst herstellen können, dann kommen sie vielleicht auch auf die Idee, sich mit einer größeren Anlage auf dem Dach vollständig zu versorgen.

(Wolfgang)



Auf der Generalstreikdemo in Athen am 1. Oktober 2025: 8 Stunden sind schon zuviel. Nein zum 13-Stunden-Arbeitstag. Wir leben nicht um zu arbeiten

Fotos Vorderseite: Hungerstreik vor dem Parlament und Demonstration zur israelischen Botschaft

Impressum

Gegen Spardiktate und Nationalismus
13. Solidaritätsreise nach Griechenland

Spendenkonto „Griechenland-Soli“

Manfred Klingele-Pape · IBAN DE81 2005 0550 1211 4789 10 · BIC HASPDEHHXXX

V.i.S.d.P.: Hans Koebrich

Kontakt: griechenlandsoli@riseup.net

Aktuelle Informationen über Griechenland sowie Veranstaltungshinweise
findet ihr unter: <https://griechenlandsoli.com/>

Die Reisen werden gefördert von: **STIFTUNG MENSCHENWÜRDIGKEIT UND ARBEITSWELT**



Auf der Generalstreikdemo in Athen: Auf dem Plakat Ministerpräsident Mitsotakis als Häftling mit der Nr. 28223. Sie steht für das Datum des Zugverbrechens von Tempi, den 29. Februar 2023. Das ist ein typischer Spruch. Genau übersetzt heisst er: 13 sollen die Stunden sein, die euch noch zum Leben übrigbleiben.